Morgen-Ausgabe.

Saale-Zeitung.

Siebenunddreißigster Jahrgang.

Bezugspreis
für Halle vierteljährlich 2,50 M., bei zweimaliger Zustellung 2,75 M., durch die Post 3,25 M., ausschl. Zustellungsgebühr. Bestellungen werden von allen Reichspostanstalten angenommen. Im amtlichen Zeitungs-Verzeichnis unter Nr. 6816 eingetragen.

Für die Redaktion verantwortlich:
Max Scharre in Halle.
Sprechstunden von 10½ bis 12½ Uhr.
[Fernsprecher: Redaktion Nr. 2532. — Expedition Nr. 176.]

Anzeigen
werden die Spaltenzeile oder deren Raum mit 30 Pfg., solche aus Halle mit 20 Pfg. berechnet und in der Expedition, von unseren Annahmestellen und allen Annoncen-Expeditionen angenommen. Reklamen die Zeile 75 Pf.
Erscheint wöchentlich zweimal; Sonntags und Montags einmal, sonst zweimal täglich.

[Der Abdruck unserer Original-Artikel ist nicht gestattet.]

Nr. 103. Halle a. d. Saale, Dienstag, den 3. März **1903.**

Die Trierer Schulinterpellation.

Aus dem Abgeordnetenhause wird uns geschrieben:

Das preußische Abgeordnetenhaus hatte gestern einen „großen Tag." Saal und Tribünen waren dicht gefüllt; draußen vor dem großen Portal und im Innern des Hauses in den Wandelgängen bemühten sich zahlreiche Personen vergeblich, Einlaß zu den Tribünen zu erlangen, und selbst zu den Räumen der Presse erhielt niemand Zutritt, der nicht seine Karte vorzeigen konnte. Auf der Tagesordnung stand die Interpellation der Nationalliberalen über den Vorstoß des Bischofs Korum in Trier gegen die Staatsschule. Die Regierung hatte längere Zeit gezögert, ehe sie einen Termin für die Beantwortung der Interpellation festsetzte, weil inzwischen Verhandlungen mit der Kurie eingeleitet worden waren. Wie es heißt, erwartete Graf Bülow für Montag den Eingang einer definitiven Antwort aus Rom, um daraufhin eine entsprechende Erklärung im Abgeordnetenhause abzugeben, aber die erwartete Antwort ging nicht ein, und Graf Bülow war genötigt, zu dem Vorgehen des Bischofs Korum Stellung zu nehmen, ohne zugleich dem Hause Mitteilung machen zu können, daß die Beilegung des Streites zu erwarten stehe.

Die Begründung der Interpellation war dem Abg. Pfarrer Hackenberg übertragen worden, der in sachlicher, maßvoller und bestimmter Rede seiner Aufgabe gerecht wurde. Er gab einen Ueberblick über den Verlauf der Angelegenheit und kennzeichnete das Vorgehen des Bischofs Korum als korrekt vom römisch-kirchlichen Standpunkt aus, aber als unvereinbar mit den Staatsinteressen und dem konfessionellen Frieden. Der Interpellant sprach unter dem Beifall der Mehrheit des Hauses die Erwartung aus, daß die Staatsregierung festbleiben werde in der Verteidigung ihrer Schulpolitik gegenüber derartigen Vorstößen der römischen Kirchengewalt. Der Ministerpräsident Graf Bülow gab in einer kurzen Rede, deren getragene Tonart nicht recht im Einklang stand mit ihrer sachlichen Belanglosigkeit, dem Bedauern Ausdruck, daß der Bischof von Trier durch sein unvermutetes Vorgehen den religiösen Frieden gestört habe. Der Bischof habe für seine Beschwerde von der Regierung keinerlei Abhilfe verlangt, und auch das Zentrum habe die Forderung für die Trierer höhere Töchterschule anstandslos bewilligt. Graf Bülow teilte mit, daß sich die preußische Regierung durch den Gesandten im Vatikan an die Kurie gewandt habe, damit diese dem Bischof Korum veranlasse, seinen Erlaß zurückzunehmen. Es soll, wie es heißt, eine Art Kompromiß preußischerseits vorgeschlagen sein, wonach das von dem Bischof bemängelte Lehrbuch aus der staatlichen Töchterschule entfernt, andererseits das Publikandum des Bischofs zurückgenommen werden soll. Graf Bülow war aber nicht in der Lage, dem Hause mitteilen zu können, daß der Erlaß des Bischofs würde zurückgezogen werden. Er schloß mit einigen allgemeinen Betrachtungen über die Notwendigkeit, in konfessionellen Fragen Verträglichkeit zu üben und Frieden zu halten. Auch der Kultusminister Studt brachte in seiner längeren Darlegung neue Gesichtspunkte nicht zum Vortrag; er schilderte ziemlich trocken die tatsächlichen Vorgänge und führte aus, daß die Beschwerden des Bischofs Korum durchaus unbegründet wären. Auch er bedauerte, daß der Bischof den Streit einfach vom Zaune gebrochen habe und versicherte, daß die Regierung die Rechte des Staates wahren und den konfessionellen Frieden schützen würde.

In der Besprechung der Interpellation vertrat Abg. Dittrich vom Zentrum das Verlangen der katholischen Kirche nach der konfessionellen Schule und behauptete, daß das Vorgehen des Bischofs von Trier, welches durch die dortigen Verhältnisse begründet sei, in der Presse ausgebauscht worden sei. Von der Freisinnigen Volkspartei gab Abg. Dr. Müller-Sagan eine von der Fraktion festgestellte, in der Sache bestimmte, aber von kulturkämpferischer Tendenz freie Erklärung ab, in welchem dem Bedauern über den Erlaß des Bischofs von Trier Ausdruck gegeben, und die Notwendigkeit betont wird, die staatlichen paritätischen Schulen gegen konfessionelle Einseitigkeit zu schützen unter gleichzeitiger Verwahrung dagegen, daß in einer Zeit, die überreich ist an politischen und wirtschaftspolitischen Gegensätzen, der Versuch unternommen wird, den konfessionellen Hader von neuem zu entfachen. Aehnlich sprach sich Abg. Dr. Barth von der Freisinnigen Vereinigung aus. Auch die Redner der Rechten, Abg. Graf Limburg-Stirum von der konservativen Partei und Abg. Frhr. v. Zedlitz von der freikonservativen, tadelten das Verhalten des Bischofs Korum, wobei der erstere freilich vorsichtiger Zurückhaltung sich befleißigte, um das Zentrum nicht zu verschnupfen. Verschiedene Angriffe aus dem Hause nötigten den Ministerpräsidenten Graf Bülow am Schluß der Sitzung zu einer zweiten Rede, in welcher er schärfer als vorher die Pflicht des Staates betonte, konfessionelle Uebergriffe abzuwehren. □

Deutsches Reich.

Hof- und Personalnachrichten.

* Der Kronprinz und Prinz Eitel Friedrich haben ihre Reise nach dem Süden angetreten. Sie passierten gestern Vormittag München. Der preußische Gesandte und die Attachés waren zur Begrüßung auf dem Bahnhofe anwesend. Abends trafen die Prinzen in Mailand ein, wo sie von dem deutschen Generalkonsul Frhrn. v. Herff und einigen Mitgliedern der deutschen Kolonie empfangen wurden. Die Weiterfahrt nach Brindisi wird heute erfolgen.

* Das Testament des Herzogs Nikolaus wurde vor dem ersten Senate des Oberlandesgerichts in Stuttgart geöffnet. Das Besitztum des Herzogs in Karlsruh in Schlesien geht auf den König von Württemberg über.

* Nach einer Meldung der „Darmstädter Ztg." ist der Großherzog von Hessen wohlbehalten in Suez eingetroffen.

Politisches.

* Prinzregent Luitpold von Bayern richtete an den Staatsminister Grafen Crailsheim gestern nachstehendes Handschreiben:

Mein lieber Staatsminister Graf von Crailsheim!

Ich scheide von Ihnen, mein lieber Graf, mit bewegtem Herzen. Durch eine lange Reihe von Jahren sind Sie der Krone ein treuer Berater gewesen. Mit Genugtuung können Sie auf Ihr dienstliches Wirken zurückschauen. Auf allen den vielgestaltigen Gebieten, die Ihrer Leitung unterstellt waren, sind Sie, unterstützt durch glänzende Begabung, umfassende Sachkenntnis und eine unermüdliche Arbeitskraft mit ausgezeichnetem Erfolge tätig gewesen. In den mannigfachen wichtigen Fragen, die sich aus dem Verhältnisse Bayerns zum Reiche ergaben, haben Sie die Rechte und Interessen des engeren Vaterlandes stets zum Wohle desselben vertreten, dabei jederzeit festhaltend an dem glücklich bewährten Bunde, welcher die deutschen Staaten im Reiche vereint. In den inneren Angelegenheiten einsichtig und maßvoll, versöhnlichem Ausgleiche stets zugeneigt, haben Sie auf dem Boden von Gesetz und Verfassung stehend die Rechte der Krone und des Staats nach allen Seiten gewahrt. Dem Staatsverkehrswesen, dem Sie Ihre besondere Fürsorge zugewendet haben, waren Sie ein vorzüglicher, sachkundiger Leiter, und unbergessen soll es Ihnen bleiben, wie Sie in schwerer Zeit mir und meinem Hause zur Seite gestanden sind. Indem ich Ihnen beim Abschiede für Ihre der Krone und dem Lande in treuester Hingebung geleisteten ausgezeichneten Dienste nochmals meine vollste Anerkennung und meinen wärmsten Dank aussprechе, gebe ich mich der Hoffnung hin, daß Ihre reiche Erfahrung und Ihr weiser Rat auch fernerhin dem Vaterlande dienen werden. Wie so oft schon versichere ich Sie ganz besonders in dieser Stunde meiner innigsten Sympathie und huldvollster Gesinnung, mit der ich verbleibe Ihr sehr geneigter

gez. Luitpold,
Prinz von Bayern.

* Die Versetzung des Regierungspräsidenten v. Brandenstein von Hannover nach Magdeburg kann, wie die Berliner „Volksztg." schreibt, nicht auffallen, da er einer der rangältesten Regierungspräsidenten ist. Es steht zu vermuten, daß er nach Magdeburg gekommen ist, um den über kurz oder lang sicher abgehenden Herrn v. Bötticher im dortigen Oberpräsidium abzulösen. (?)

* Zu dem letzten großen Präsidentenwechsel in den Regierungsbezirken Preußens wird nunmehr bekannt, daß den meisten dieser Herren die Versetzung durchaus unerwartet kam. So wurde dem Regierungspräsidenten v. Brandenstein-Hannover und dem Regierungspräsidenten v. Pilippsborn-Hildesheim erst am Freitag, kurz nach Mittag, durch einen Brief Kenntnis von ihrer Versetzung gegeben. Gleichzeitig erhielt die „Nordd. Allg. Ztg." diese Mitteilung, die dann aus dieser Zeitung durch die Telegraphenbureaus weiter verbreitet wurde.

* Die scharfe Luft, die seit dem Amtsantritt des neuen Eisenbahnministers weht, scheint in den höheren Beamtenkreisen recht unangenehm empfunden zu werden. So wird der Präsident der Eisenbahndirektion Hannover v. Eickhoff, genannt Neibenstein, wie in Hannover verlautet, in Kürze, vielleicht schon am 1. April, in den Ruhestand treten. Weiter verlautet, daß noch mehrere Chefs von preußischen Eisenbahndirektionen ihr Entlassungsgesuch eingereicht haben. Den Grund hierfür bildet die vom Minister Budde eingesetzte „Ueberraschungskommission", die unangemeldet in den Direktionsbezirken erscheinen soll, um Mißstände zu ermitteln und gegebenenfalls zu beseitigen. — Es könnte gar nichts schaden, wenn solchergestalt etwas neues Leben in die Eisenbahnverwaltung käme. — Nach dem Berliner „Lokalanzeiger" hat der Präsident bereits sein Abschiedsgesuch eingereicht. Auch andere Chefs von Eisenbahndirektionsbezirken sollen beabsichtigen, zurückzutreten.

Volkswirtschaftliches.

* Die Vernehmungen vor der Kartellenquetekommission sind bis zum 26. März ausgesetzt. Alsdann soll die Wirkung des Kohlensyndikats auf Nord- und Ostdeutschland und die schlesische Kohlenkonvention erörtert werden.

* Die Ausnahme an Zöllen und Verbrauchssteuern hat für die ersten 10 Monate des laufenden Etatsjahres 672,2 Millionen Mark oder 3,8 Millionen weniger als im gleichen Zeitraum des Vorjahres betragen. Zölle und Tabaksteuer haben ein geringes Weniger, die Zuckersteuer ein solches von 9,1 Mill. M., die Branntweinverbrauchsabgabe von 1,7 Mill., die Brausteuer von gleicher Höhe ergeben. Dem stehen Mehreinnahmen bei der Maischbottichsteuer von nahezu 1 Mill. M., bei der Brennsteuer von 4,8 Mill. M., bei der Schaumweinsteuer von 2,7 Mill. M. gegenüber. Von anderen Einnahmezweigen haben die Reichsstempelabgaben gegen den gleichen Zeitraum des Vorjahres ein Mehr von 7,1 Mill. M. erbracht. Die Börsensteuer hat sogar ein Mehr von 7,2 Mill. M. zu verzeichnen, während die Loosteuer das entsprechende Weniger aufweist. Die Post- und Telegraphenverwaltung hat ein Mehr von 18,8 Mill. M., die Reichseisenbahnverwaltung ein solches von 4,7 Mill. M. zu verzeichnen.

Kirche und Schule.

* Mit Bezug auf das Schreiben des Kaisers an Admiral Hollmann über das Thema „Babel und Bibel" erklärt Amtsgerichtsrat Brandt in einem Eingesandt im „Stolberger Anz.":

„Als Leser des „Stolberger Anzeigers" muß ich auf Grund der heiligen Schrift und der Bekenntnisschriften unserer evangelisch-lutherischen Kirche gegen die in dem Aufsatz des Nr. 16 jenes Blattes vom 25. Febr. 1903 „Babel, Bibel und der Kaiser" gepriesene Bekenntnisstellung Sr. Majestät, unseres kaiserlichen Herrn, um des Gewissens willen protestieren, weil sie nicht den Christus der Schrift zum Gegenstande hat."

Der Mut der eigenen Meinung, der aus dem Schreiben des Amtsgerichtsrat spricht und der selbst dem Kaiser gegenüber Stand hält, ist unter den heutigen Verhältnissen sicher nicht gering anzuschlagen.

Parlamentarisches.

* Der Altenburgische Landtag nahm das Gesetz über die Errichtung einer thüringischen Aerztekammer an und genehmigte die Vorlage wegen Errichtung eines Amtsgerichts in Meuselwitz. Ferner wurde das Gesetz über die Schlachtvieh- und Fleischschau angenommen; die Trichinenschau soll vom 1. Oktober d. J. ab eingeführt werden. — Weiter überwies der Landtag einen von 25 Abgeordneten eingebrachten Antrag, wonach die Regierung ersucht wird, im Bundesrate gegen die vom Reichskanzler in Aussicht gestellte Aufhebung des § 2 des Jesuitengesetzes zu stimmen, mit allen Stimmen gegen die der 4 Sozialdemokraten der Regierung zur Erwägung. Der Landtag wurde hierauf geschlossen und wird wahrscheinlich erst im Herbst wieder zusammentreten.

* Der Landtag des Fürstentums Reuß ä. L. wurde im Auftrage des Fürstregenten durch den Präsidenten der Landesregierung, Kammerherrn v. Meding, eröffnet. Veranlassung zu dieser außerordentlichen Einberufung ist, wie der „Magd. Ztg." gemeldet wird, der Erlaß eines Ausführungsgesetzes zum Reichsgesetze vom 3. Juni 1900, die Schlachtvieh- und Fleischschau betreffend, sowie eines Landesgesetzes, betreffend die Einführung einer öffentlichen Schlachtviehversicherung. Der Landtagssaal, der früher einen wenig würdigen Eindruck machte, ist auf besondere Anregung des Fürstregenten hin umgestaltet und verschönert worden.

* Der Landtag des Fürstentums Reuß j. L. genehmigte das Fleischschaugesetz unter Einbeziehung der Hausschlachtungen.

Wahlbewegung.

* Für Sachsen-Altenburg ist als Kandidat der freisinnigen Volkspartei Amtsgerichtsrat Dr. Hartmann-Berlin aufgestellt worden.

* Aus Sangerhausen verbreitet die „Frankf. Ztg." eine falsche Nachricht. Ihr wird gemeldet, daß auch die Freisinnige Volkspartei einer Kandidatur des Pastors a. D. Kötschke zustimmen werde. — Das ist, wie die „Freis. Ztg." mitteilt, nicht richtig. Die Freisinnige Volkspartei wird für Sangerhausen-Eckartsberga einen eigenen Kandidaten aufstellen.

* Für München II sollen Münchener Blättern zufolge die Sozialdemokraten beabsichtigen, einen anderen Kandidaten als v. Vollmar aufzustellen, da dieser Wahlkreis den Sozialdemokraten sicher sei. v. Vollmar soll für München I kandidieren.

* Für Baden haben die Nationalliberalen und Sozialdemokraten beschlossen, in allen 14 Wahlkreisen Kandidaten aufzustellen.

* Für Bautzen-Kamenz hat bisher der Antisemit Gräfe die Wiederannahme einer Kandidatur abgelehnt. Darauf ist der Antisemit Zimmermann als Kandidat aufgestellt worden. Jetzt hat nach der „Staatsbürger-Ztg." Gräfe wieder eine Kandidatur angenommen, und Zimmermann muß zurücktreten.

* Eine Anzahl freisinniger Männer einigte sich gestern dahin, als Kandidaten für das Herzogtum Sachsen-Altenburg den Amtsgerichtsrat Dr. Hartmann-Berlin aufzustellen.

* In einer am Sonnabend-Abend in Bad Kösen stattgehabten Versammlung, die von Mitgliedern der konservativen und nationalliberalen, der freisinnigen Vereinigung, der freisinnigen Volkspartei und von Landwirten besucht war, wurde der „Natl. Korresp." zufolge folgende Resolution gefaßt: In der zu Bad Kösen am 28. Februar stattgehabten Versammlung der staatserhaltenden Parteien behufs Vorbesprechung der Reichstagswahlen haben sich die ungefähr 80 Anwesenden mit Ausschluß einer Stimme bereit erklärt, für die Kandidatur des Herrn Dippe-Plotha zu wirken.

Kolonialles.

* Der „Reichsanzeiger" veröffentlicht die kaiserliche Verordnung über die Enteignung von Grundeigentum in den Schutzgebieten Afrikas und der Südsee vom 14. Dez. 1903.

* Auf dem Kiautschou-Transportdampfer „Silvia" hat die Hamburg-Amerika-Linie für Privatpakete einen Raum von 10 cbm vorgesehen. Mit dieser Gelegenheit können für die Besatzungen S. M. Schiffe in Ostasien und die Besatzungstruppen in Kiautschou bestimmte Pakete frachtfrei befördert werden. Die Pakete sind an die Kaiserliche Werft in Wilhelmshaven zu adressieren und müssen bei derselben spätestens am 9. März 1903 eingegangen sein. Für die Adresse ist nachstehende Form zu wählen: An die Kaiserliche Werft Wilhelmshaven. Für den Matrosen . . . an Bord S. M. S. .

Deutscher Reichstag.

(Bericht der Saale-Zeitung.)

271. Sitzung vom 2. März. 1 Uhr.

Das Haus ist sehr schwach besetzt. Am Bundesratstisch: Kraetke u. a.

Auf dem Platze des Abg. v. Winterfeldt-Menkin (kons.), der seinen 80. Geburtstag feiert, prangt ein schönes Blumenarrangement.

Präsident Graf Ballestrem: Ich eröffne die Sitzung. M. H.! Unser verehrter Kollege, von Winterfeldt-Menkin, feiert heute in

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-848334-19030303010/fragment/page=0001

aller Frische sein 80. Lebensjahr. Ich darf namens aller Kollegen dem ehrwürdigen Geburtstagskinde die herzlichsten Glückwünsche darbringen, und wünsche, daß auch sein fernerer Lebensabend sich als ein segensreicher für ihn gestalten möge. Die Blumen auf dem Platze des Geburtstagskindes sind im Namen des Reichstages dargebracht. (Beifall.)

Hierauf wird die zweite Beratung des **Postetats** fortgesetzt.

Beim Titel „Oberpostdirektoren" erwidert auf eine Anregung des Abg. **Eickhoff** (frs. Vp.) Staatssekretär **Kraetke**, daß es nicht in der Absicht der Postverwaltung liege, Beamte der höheren Karriere deshalb vom Aufsichtsdienst ausschließen, weil sie das 40. Lebensjahr überschritten hätten.

Abg. **Leuzmann** (frs. Vp.) erklärt, daß er sich am Sonnabend geirrt habe. Die Schuld daran, daß nur 2000 neue Assistentenstellen eingestellt seien, läge nicht am Reichsschatzamt, sondern an der Reichspostverwaltung.

Direktor im Reichsschatzamt **Twele** dankt für diese Erklärung und bemerkt, das Reichsschatzamt hätte doch keine Veranlassung, mehr Beamte zu bewilligen, als die Reichspostverwaltung selbst gefordert hätte.

Beim Titel „Unterbeamte" tritt Abg. **Sittard** (Zentr.) für eine größere Sonntagsruhe der Postunterbeamten ein und wünscht Gummimäntel für die Briefträger.

Staatssekretär **Kraetke** führt aus, daß an jedem zweiten Sonntag 77 Prozent und an jedem dritten Sonntag 97 Proz. aller Beamten frei hätten. Versuche mit Gummimänteln hätten sich nicht bewährt, für Leute, die sich viel bewegen müßten, seien Gummimäntel das entsetzlichste, was man sich denken könnte. Dagegen würden bald überall leichte Räder an Loden eingeführt, die sehr praktisch wären.

Beim Titel „Stellenzulagen" tadelt Abg. **Eickhoff** das Strafverfahren, das jetzt gegen die Unterbeamten ausgeübt würde, und wünscht bessere Wohnungsverhältnisse für die Unterbeamten in Rheinland und Westfalen.

Staatssekretär **Kraetke** erwidert, es sei stets sein Streben, die Wohnungsverhältnisse der Beamten zu verbessern. Er selbst sei kein Freund von Geldstrafen und sei auch nicht dafür, daß bei jedem kleinen Versehen gleich gestraft würde. Deshalb sei es besser, wenn den Beamten mündlich gesagt würde, so was darf nicht wieder vorkommen.

Beim Titel „Landbriefträger" wünscht

Abg. **Singer** (Soz.) eine Erhöhung des Anfangsgehalts dieser Beamten.

Beim Titel „Postagenten" erklärt

Staatssekretär **Kraetke**, daß die meisten der Postagenten aus Eisenbahnbeamten, Lehrern und Gastwirten bestünden, über 50 Jahre alt seien und daher nicht pensioniert werden könnten. Das Gehalt der Agenten sei von Jahr zu Jahr erhöht worden, desinfizierte Agenten würden stets untersützt.

Der Titel wird bewilligt, ebenso debattelos der Rest der dauernden Ausgaben und eine ganze Reihe von Positionen der einmaligen Ausgaben.

Bei der Position „Zur Erwerbung eines Grundstücks für neue Postbetriebsanlagen am Schlesischen Bahnhof in Berlin, zweite Rate," hat die Kommission 20,60 Mark gestrichen und anstatt der geforderten 330,500 Mark nur 310,500 Mark bewilligt.

Abg. **Eickhoff** beantragt, die ganze Summe zu bewilligen.

Staatssekretär **Kraetke** weist darauf hin, daß es der Reichspostverwaltung gelungen sei, von den Grunderwerbskosten 235,000 Mark abzuhandeln. (Hört! Hört!)

Abg **Singer** meint, es sei doch interessant, daß es erst infolge des Drängens der Budgetkommission gelungen sei, etwas abzuhandeln. Die geforderten Preise seien ganz exorbitant hoch, das hätten sich auch die Taxatoren der Post sagen müssen. Das Reich kaufe im allgemeinen immer zu teuer. Jedenfalls bitte er den Staatssekretär, von dem System seines Vorgängers abzugehen, durch bestimmte Personen Terrains ankaufen zu lassen und diesen dann die Terrains mit erheblicher Erhöhung des Kaufpreises abzunehmen. Der Staatssekretär möge sich nur an unparteiische Sachverständige wenden.

Staatssekretär **Kraetke** erwidert, die Verwaltung sei stets den gangbarsten Weg gegangen, bei dem sie sich am besten stände. Aber das Publikum wisse genau, welche Terrains von der Post gebraucht würden, und deshalb würden die Zwischenhändler einfach ausgelacht, wenn sie sagten, sie brauchten das Gelände für sich selbst. Die Post kaufe daher lieber selbst und suche nach Möglichkeit, vom Preise etwas abzuhandeln. In diesem Falle sei es gelungen, weil der Besitzer schon Terrain in Rixdorf gekauft habe und in Verlegenheit gekommen wäre, wenn man ihm sein Terrain nicht abgenommen hätte. In diesem Falle sei also nicht das Drängen der Budgetkommission, sondern ein Zufall die Veranlassung zu dem günstigen Kauf gewesen.

Nach kurzer weiterer Debatte wird der Antrag Eickhoff **einstimmig angenommen**,

Bei dem Titel „Zur Erwerbung eines Grundstücks in Gebweiler hat die Kommission 50,000 M. gestrichen. Das Haus tritt ohne Debatte diesem Beschlusse bei.

Der **Rest des Extraordinariums wird** bewilligt.

Bei den **Einnahmen** erwidert auf verschiedene Anregungen des Abg **Bleil** (fr. Vg.)

Staatssekretär **Kraetke**, daß unser Postanweisungssystem sich durchaus bewährt habe und eine Umänderung nach württembergischem Muster nicht empfehlenswert sei. Die Handelskammern hätten keinen Behördencharakter und könnten daher nicht sich des Ausdrucks „portopflichtige Dienstsache" bedienen. Jedoch fänden augenblicklich Erwägungen statt, wie weit man den Handelskammern auf diesem Gebiete entgegenkommen können. So lange wir im inneren Verkehr kein Einheitsporto für Postpakete über 5 kg hätten, könne auch ein solches Einheitsporto nicht im Verkehr mit dem Auslande eingeführt werden. Die deutsche Postverwaltung sei mit der holländischen in Verbindung getreten, um einen billigeren Telephontarif mit Holland zu bekommen.

Der Rest des Etats wird angenommen.

Damit ist die **zweite Beratung des Postetats erledigt**.

Der Etat der **Reichsdruckerei wird** ohne Debatte in zweiter Beratung **angenommen**.

Damit ist die **Tagesordnung erledigt**.

Nächste Sitzung **Dienstag** 1 Uhr (Petitionen, Etats des Reichsinvalidenfonds und der Reichseisenbahnen.)

Schluß 3¾ Uhr.

Preußischer Landtag.

(Bericht der Saale-Ztg.)

Abgeordnetenhaus.

34. Sitzung vom 2. März. 11 Uhr.

Haus und Tribünen sind **sehr gut** besetzt.

Am Ministertische: v. **Bülow**, **Studt**, **Budde**, Freiherr v. **Hammerstein**.

Auf der Tagesordnung steht die Beratung folgender **Interpellation Bachmann** (nl.) u. Gen.:

Hat die Staatsregierung Kenntnis davon genommen, daß die katholische Geistlichkeit in **Trier** im Anschluß an einen Erlaß des dortigen Bischofs von der Kanzel eine Erklärung verlesen hat, welche katholische Eltern, deren Kinder die **staatliche** höhere Töchterschule in Trier besuchen, mit kirchlichen Zuchtmitteln bedroht?

Im welcher Weise beabsichtigt sie die staatliche Autorität auf dem Gebiete des Schulwesens diesen geistlichen Uebergriffen gegenüber zu wahren?

Nachdem sich Ministerpräsident Graf **Bülow** zur sofortigen Beantwortung der Interpellation **bereit erklärt hat**, erhielt zu ihrer Begründung das Wort

Abg. **Hackenberg** (nl.) schildert die bekannten Tatsachen und verliest den Kanzelerlaß. Dieser Kanzelerlaß ist einer der stärksten Herausforderungen gegen den Staat und bildet den Ausgangspunkt unserer Interpellation. Verwahren muß ich mich gegen die in der Presse laut gewordene Unterstellung, als wollten wir einen neuen Kulturkampf ins Leben rufen. Nein, wir wollen vielmehr das **Entstehen eines neuen Kulturkampfes** durch unser Vorgehen **verhindern**. Die geistliche Basis des Vorgehens des Bischofs ist die Auffassung der katholischen Kirche von den staatlichen Schulen. Diese Schulen werden für an sich schlecht erklärt. Der Makel, der ihnen anhaftet, besteht darin, daß sie der unmittelbaren Autorität der Kirche entzogen sind. Die Ausgestaltung zu einer wirklich paritätischen Schule verhindert der Bischof durch Verweigerung der missio canonica für eine Religionslehrer und stellt die Schule dann als konfessionslos hin. Nur wenn eine causa gravis vorliegt, soll den Eltern gestattet werden, ihre Kinder in die Staatsschule zu schicken. Was aber eine causa gravis ist, darüber entscheidet wieder die katholische Geistlichkeit. Die Eltern, welche trotzdem die Kinder nicht aus der Staatsschule nehmen, werden nun kirchlich bestraft. Das ist allerdings vom Standpunkt des Bischofs aus nun logisch. Vom Standpunkt der katholischen Kirche ist das Vorgehen des Bischofs Korum ein kirchlich korrektes. Es ist gut, daß man hier wieder sieht, was man zu erwarten hat. Es ist nun aber zwischen Theorie und Praxis auch in der katholischen Kirche ein großer Unterschied. Manche Dinge tolerieren die Bischöfe, sie diskutieren. Es kann also jeder Bischof je nach seinem Temperament vorgehen und also auch den Kampf um die Schule eröffnen. Das Auffallende und Befremdende in dem Vorgehen des Bischofs von Trier ist der Umstand, daß er es jetzt für zeitgemäß hält, einen in der Kampfesbitze entstandenen Erlaß von vor 20 Jahren, jetzt wieder coram publico, öffentlich in Erinnerung zu bringen, jetzt, wo die katholische Kirche doch sicher nicht über Verfolgung bei uns klagen kann (Sehr richtig!), wo das Zentrum selbst Toleranz predigt. Es herrscht eine große Erregung in beiden konfessionellen Lagern, wo man wirklich den Frieden will, über das Vorgehen des Bischofs. Was der Bischof dem Staate damit tut, das gehört vor unser Forum. (Sehr richtig!) Es handelt sich nicht nur um eine lokale Angelegenheit, auch nicht nur um eine innere Angelegenheit der katholischen Kirche. **Es ist eine Kriegserklärung**. Von der höheren Mädchenschule bis zur höheren Knabenschule ist nur ein kurzer Schritt. Das Vorgehen des Bischofs hat eine ernste Lage geschaffen und das Land hat ein Recht darauf, die Stellung der Regierung in dieser Frage kennen zu lernen. Es will wissen, ob die Regierung eine so feste Stellung in ihrer Schulpolitik einnimmt, daß sie das Vorgehen des Bischofs zurückweist und die Gewähr dafür bietet, daß eine solche Aufregung **der** öffentlichen Meinung und Störung des konfessionellen Friedens so leicht nicht wieder vorkommt. Wir haben von der Staatsregierung erwartet, daß sie den konfessionellen Frieden schützen und wahren wird. **Die Staatsregierung ist etwas mitschuldig** an dem Vorgehen des Bischofs von Trier. (Sehr richtig!) Wir liegt es fern, in konfessioneller Beziehung scharf zu machen. Unter der Fahne der Hohenzollern soll jeder nach seiner Façon selig werden. Durch eine Politik der Freundlichkeit, der Artigkeit gegenüber kirchlich-politischen Forderungen hat die Regierung einen modus vivendi mit der römischen Kirche herbeizuführen gesucht; sie hat aber nur einen modus belli gerendi herbeigeführt. Wir erwarten jetzt von der Regierung eine beruhigende Erklärung. (Lebhafter Beifall und Händeklatschen.)

Ministerpräsident Graf **Bülow**: Ich muß **mein tiefstes Bedauern** aussprechen über die **Art**, wie der Herr **Bischof von Trier durch sein Vorgehen den konfessionellen Frieden gefährdet hat**. (Lebh. Zustimmung.) Um so lebhafter ist mein Bedauern, als er vorher weder an den Kultusminister noch an mich mit irgend welchen Klagen herangetreten ist. Das Vorgehen des Bischofs ist [illegible] bekannt sein mußte, [illegible] rachte, Gerechtigkeit zu [illegible] der Konfessionen ohne Kleinl[illegible] er Bischof konnte nicht im Zweifel darüber sein, [illegible] ich bemüht bin, berechtigte Klagen der katholischen Mitbürger wirksam abzustellen. Der konfessionelle Zwiespalt im deutschen Volke nötigt uns, uns in einander zu schicken und uns mitelnander einzurichten. Das ist aber nur möglich auf dem Boden eines praktischen modus vivendi, dem Prinzipien sind unversöhnlich und wenn sie sich gegenseitig **ausschließen**, ist keine Verständigung möglich. Wollte ich die Wege gehen, wie der Bischof von Trier oder wie der Interpellant heute empfiehlt, so würden wir bald wieder auf dem Wege des Kulturkampfs sein. (Sehr wahr!) Konfessionelle Streitigkeiten können nur auf dem Wege der Gerechtigkeit ausgeglichen werden. Das **ungewöhnliche, schroffe Vorgehen des Bischof** hat das Zustandekommen einer Verständigung sehr erschwert. Wir sind stets bereit, Mißständen abzuhelfen. Jetzt müssen wir zunächst darauf bestehen, daß der Bischof von Trier sein Publicandum zurücknimmt. Ich habe, da der Bischof sich durch seine Adresse einer Verhandlung entzogen hat (Hört! hört!), die Kurie durch unseren Gesandten auf die Bedeutung des Falles aufmerksam gemacht, und ich hoffe, daß die Kurie mit uns dafür sorgen werde, daß dieser Fall bald aus der Welt geschafft ist. (Lebhafte Zustimmung.)

Kultusminister **Studt** gibt eine genauere Darstellung der Einzelheiten, schildert die historische Entwickelung der in Betracht kommenden Anstalten. An der Trierer Anstalt haben die katholischen Lehrerstellen gegen früher und auch im Vergleich zu den evangelischen erheblich zugenommen. Beide Teile des Lehrkörpers arbeiten in gutem Einvernehmen miteinander. Ich hoffe, daß das Vorgehen des Bischofs Korum ein vereinzeltes bleiben wird. Die Staatsregierung wird jedenfalls mit aller Festigkeit dafür sorgen, daß der konfessionelle Frieden aufrechterhalten wird. (Beifall).

Auf Antrag des Abg. Dr. **Porsch** (Ctr.) findet eine Besprechung der Interpellation statt.

Abg. Dr. **Dittrich** (Ztr.) gibt seiner Befriedigung darüber Ausdruck, daß der Reichskanzler entschlossen ist, die römische Kirche nach wie vor parteiisch zu behandeln, und den Kampfesaufruf des Interpellanten so entschieden zurückgewiesen hat. Daß beim Etat nie Klagen über die Trierer Anstalt hier geäußert, liege daran, daß seine Partei nie gewußt habe, aus welchem Etatstitel diese Anstalt unterhalten werde. (Große Heiterkeit.) Herr D. Hackenberg habe die Verbindung der Interpellation auf zu breiter Grundlage aufgebaut. Er irre, wenn er meine, daß dieser Fall das Wetterleuchten eines kommenden Kampfes um die Schule darstelle. In den Kreisen der katholischen Kirch sei diese Absicht nicht vorhanden. Allerdings werde ein **Kampf** ausgefochten werden müssen, aber nicht um die Herrschaft in der Schule, sondern um den **Geist in der Schule**. (Schallende Heiterkeit.) Auf diesen Einfluß auf die Schule, auf die missio canonica, werde seine Partei nie verzichten. Der Trierer Fall selbst sei sehr aufgebauscht worden. (Widerspruch.) Die Absolution sei nichts als ein sakramentaler Akt, sie habe keinen öffentlichen Charakter und unterstehe nur der Kirche. Das Publikandum sei nichts weiter gewesen als eine Belehrung (Schallende Heiterkeit), die Ankündigung sei ja ungewöhnlich, aber gutgemeint. Von einer Exkommunikation sei gar keine Rede! Redner verbreitet sich über Einzelheiten des Trierer Falles. Er kommt in seiner Darstellung zu dem Schluß, daß niemand anders die Schuld trage, als die Schulaufsichtsbehörde. Wie das gekommen, das sei er außer stande zu beurteilen. Seine Partei verlange als etwas Selbstverständliches eine ganz gründliche Untersuchung der Trierer Schulverhältnisse und eine Abstellung der sich erweisenden Mißstände. Nur so lasse es sich erwarten, daß es zu einem gerechten Ausgleich komme, an dem jeder vaterländisch Gesinnte nur seine Freude haben könne.

Abg. Dr. **Friedberg** (nl.): **Der erste Teil der Antwort des** Ministerpräsidenten, in dem er das Verhalten des Bischofs Korum charakterisierte, war durchaus erfreulich. Weniger der zweite Teil. Ich **bedaure, daß der Ministerpräsident den Weg zur römischen Kurie eingeschlagen hat**. Ob mit solchen Verhandlungen Lorbeeren zu erringen sind, möchte ich bezweifeln. Wenn er aber Erfolge dort erringt, so möchte ich nicht, daß sie mit Konzessionen erkauft werden. (Zustimmung.) Eine do-ut-des-Politik Rom gegenüber hat immer noch zu Benachteiligungen des anderen Teiles geführt. Sehr verwundert hat es mich, daß der Ministerpräsident Herrn D. Hackenberg kulturkämpferische Absichten untergeschoben hat. Die Ausführungen D. Hackenbergs waren gerade von einer bewundernswürdigen Objektivität getragen. (Lebh. Zustimmung bei den Natl.) Die schweren Beschuldigungen des Bischofs Korum haben die nötige Zurückweisung gefunden — es wäre auch schwer zu begreifen gewesen, wenn das nicht geschehen wäre. Der Kultusminister hat durch seine Darlegungen bewiesen, wie wenig objektiv Bischof Korum gewesen ist. Die Schuld an den unerfreulichen Verhältnissen in Trier liegt ausschließlich an dem Bischof Korum. Ich hoffe, daß der Kultusminister an dem paritätischen Charakter der Trierer Töchterschule unbedingt festhalten wird. Der preußische Staat darf das, was er auf dem Gebiete der Schule geschaffen hat, nicht preisgeben gegenüber ultramontanen Ansprüchen. (Lebhafte Zustimmung bei den Nationalliberalen und links.) Wie beurteilt der Abg. Herold, der zum Zusammenhalten der Parteien gemahnt hat, das Vorgehen des Bischofs Korum, der im gegenwärtigen Moment die Brandfackel in die Parteien hineingeworfen hat? Daß die Absolutionsverweigerung an sich eine innerlich kirchliche Angelegenheit ist, bestreiten wir nicht. Die Ankündigung ist also nichts weiter, als der Versuch der Boykottierung einer staatlichen Schule.

Abg. Graf **Limburg**-Stirum (kons.) verliest eine Erklärung seiner Partei, daß sie das Vorgehen der Trierer Geistlichkeit zwar als eine lokale Angelegenheit ansehe, daß es aber in seinen Konsequenzen sehr zu bedauern sei. Seine Partei stehe grundsätzlich auf dem Boden der konfessionellen Schule; doch sehe sie keine Schädigung dieses Prinzips, wenn man lokalen oder praktischen Bedürfnissen Rechnung trage. Sie erblicke aber in dem **Vorgehen des Bischofs Korum eine Ungehörigkeit** und erwarte eine Zurücknahme des Publikandums oder entsprechende Maßnahmen der Staatsregierung.

Abg. Frhr. **v. Zedlitz u. Neukirch** (freikons.): Das Vorgehen des Bischofs Korum hat in den beteiligten Kreisen wie ein Blitzstrahl aus heiterm Himmel gewirkt. Es sei eine **Provokation schlimmster Art** gewesen. Er hoffe, daß die Regierung mit energischen Mitteln vorgehen werde.

Abg. Dr. **Müller** (freis. Vp.) **erwartet, daß die Regierung an** dem Grundsatz der paritätischen Schulen festhalten und den konfessionellen Frieden wahren werde. In einer Zeit, wo die wirtschaftlichen, die politischen, die Klassen-Gegensätze zu einer solchen Schärfe gediehen seien, sollte man nicht noch konfessionelle Gegensätze ausbilden oder verschärfen.

Abg. Dr. **Barth** (freis. Vg.): Der Fall Korum ist nichts als eine Folge der bisherigen Nachgiebigkeit der Regierung gegenüber der katholischen Kirche. Bischof Korum würde diesen Schlag ins Gesicht der Regierung nicht gewagt haben, wenn die katholische Kirche nicht vorher verwöhnt worden wäre. Die römische Kurie tritt immer so stärker auf, je schwächer sie die Staatsregierung wähnt. In Frankreich hätte kein Bischof es gewagt, so zu handeln, wie Bischof Korum; zum mindesten hätte die Kurie sich dann sofort bei der Regierung entschuldigt. Graf Bülow scheint aber, obgleich er schon die Schritte eingeleitet hat, bei der Kurie nicht einmal Gegenliebe gefunden zu haben. Wir sind in Deutschland tatsächlich in ein Stadium schlimmster Impartität hineingeraten; die protestantischen Kreise sind allmählich darüber in Beunruhigung geraten; sie werden gegenüber der katholischen Kirche fortgesetzt benachteiligt. Was würde wohl geschehen sein, wenn ein protestantischer Geistlicher das gewagt hätte, was Bischof Korum gewagt hat. Das wäre ja gar nicht auszudenken! Es ist die höchste Zeit, daß unsere Regierung dem Staat gegenüber fest auftritt! (Beifall.)

Abg. **Roeren** (Ctr.) bestreitet, daß die Evangelischen in Trier durch die Behandlung der Katholiken beleidigt seien. Die Regierung allein trage die Schuld schallende Heiterkeit), sie hätte gegenüber, ohne Religion auskommen zu können. Die Nationalliberalen hätten trotz aller Ablehnungen kulturkämpferisch: Zwecke im Auge.

Ministerpräsident Graf **Bülow**: Dem Vorredner gegenüber bemerke ich, daß die Schuld lediglich den Bischof trifft. Er mußte sich mit **uns** in Verbindung setzen, **ehe er einen** Erlaß publizierte, der mehrfach als Wetterleuchten **vor dem** Sturm bezeichnet wurde. Ich hoffe, es ist ein Wetterleuchten nach dem Sturm. Es handelt sich um prinzipielle Gegensätze, über die sich die Herren Barth und Roeren, wenn man sie zusammensperrte, auch nicht einigen würden. (Große Heiterkeit.) **Konflikte zu provozieren, wäre töricht, aber aus dem Wege werde ich ihnen nicht gehen**. Die Regierung muß über den Parteien stehen. Toleranz beantworten wir mit Toleranz, aber der Intoleranz gegenüber werden und können wir nicht tolerant sein. (Beifall.)

Minister **Studt** stellt einige Aeußerungen des Abg. Roeren richtig.

Nach persönlichen Bemerkungen **schließt die Debatte**.

Die **Tagesordnung ist erschöpft**.

Nächste Sitzung Dienstag 11 Uhr (Festsetzung der zweiten Lesung des Etats der Bauverwaltung).

Schluß 5½ Uhr.

Ausland.

Oesterreich-Ungarn.

Die Los von Rom-Bewegung hat in Steiermark zu Ausschreitungen der Klerikalen geführt. Während die Polizei eine Volksversammlung in Graz verbot, in welcher Abg. Eisenkolb über die Los von Rom-Frage sprechen sollte, hielten die **Klerikalen** am gleichen Tage hier **Protestversammlungen** ab, in welchen sie sich gegen die angeblichen Beschimpfungen und Bedrohungen durch die Anhänger der Los von Rom-Bewegung stürmisch verwahrten. Ein Teilnehmer, der „Heil Eisenkolb" rief, wurde gepriigelt. Die Regierung wird wegen dieses Versammlungsverbots im Parlament interpelliert werden.

Holland.

In den neuen Gesetzentwürfen zur Beseitigung der Gefahr von Ausständen ist dem Richter auch die Befugnis gegeben zur **Entziehung des aktiven und passiven Wahlrechts**. Nach dem „Vorwärts" lautet ein Artikel in dem neuen Gesetzentwurf:

„Wer einen anderen durch Benachteiligung oder Belästigung oder durch Anwendung von Mitteln, die geeignet sind, Furcht einzuflößen, widerrechtlich zwingt, etwas zu tun, etwas nicht zu tun oder zu dulden, wird bestraft mit Gefängnis von höchstens drei Monaten oder Geldstrafe von höchstens hundert Gulden. Wenn das Vergehen begangen wird durch zwei oder mehr vereinigte Personen kann auf Gefängnisstrafe von höchstens sechs Monaten oder 200 Gulden Geldstrafe erkannt werden."

Gegen die Beamten und Eisenbahnangestellten richten sich drei Artikel, welche hinter Artikel 385 des Strafgesetzbuchs eingefügt werden sollen. Sie lauten:

„Artikel 358a. Der Beamte oder eine andere in einem öffentlichen Dienst oder im öffentlichen Eisenbahnverkehr dauernd oder zeitweise beschäftigte Person, die, mit der Absicht, Stockung in diesem Dienst oder Verkehr zu verursachen, unterläßt oder, obgleich gesetzlich dazu verpflichtet, sich weigert, Arbeiten zu verrichten, wozu sie sich ausdrücklich oder kraft ihres Dienstverhältnisses verpflichtet hat, wird mit Gefängnis

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-848334-19030303010/fragment/page=0002

von höchstens sechs Monaten oder mit Geldstrafe von höchstens 300 Gulden bestraft.

Artikel 358a. Wenn zwei oder mehr Personen infolge von Verschwörung das im vorigen Artikel beschriebene Vergehen verüben, werden die Schuldigen als Leiter oder Urheber der Verschwörung mit Gefängnis von höchstens 4 Jahren bestraft.

Artikel 358b. Wenn die in „Artikel 358a" gekennzeichnete Absicht erreicht wurde, wird auf Gefängnisstrafe erkannt,

im Falle von „Artikel 358a" von höchstens einem Jahr und sechs Monaten; im Falle von „Artikel 358b" von höchstens sechs Jahren.

Auch bei diesen „Vergehen" kann der Richter auf Entziehung des aktiven und passiven Wahlrechts erkennen."

England.

Der Afrikanderführer Hofmeyer wird, einer Einladung Chamberlains folgend, in nächster Zeit nach London kommen, um mit diesem über die weiteren Maßnahmen in Südafrika zu konferieren. Es verlautet, Hofmeyer und Schreiner werden demnächst einen Sitz im Kapministerium erhalten.

Rußland.

Wie der Londoner „Daily Mail" aus Petersburg gemeldet wird, ist der erste Expreßzug am Freitag von Port Arthur nach dem Baikal-See abgegangen. Der regelmäßige Expreßdienst wird am 14. Juni eröffnet werden.

Nach einem Telegramm desselben Blattes aus Shanghai sind hunderte von Kisten mit Gewehren und große Mengen Munition in chinesischen Booten bei Shanghai konfisziert worden.

Halle und Umgegend.

Halle, 3. März.

— [Die Stadtverordneten-Versammlung] setzte in ihrer gestrigen Versammlung die Haushaltspläne für das Bauwesen, die Reinigung und Besprengung der Straßen, gemeinnützige Zwecke, sowie des Stadttheaters fest und beschloß die Unterbringung der Zeitungs-Berichterstatter im Stadtverordneten-Sitzungssaal gemäß dem Antrage der Baukommission auf 3 Monate zu verlagen, um zu sehen, ob nicht inzwischen das Stadtbauamt doch noch ein Mittel fände, die Verhältnisse auf der Tribüne erträglich zu gestalten. In der geschlossenen Sitzung wurden gegen die Stimmen der Sozialdemokraten 50,000 Mark zum Empfang des Kaisers, der im September Halle besucht, bewilligt.

Wissenschaft. Kunst. Litteratur.

— A. G. Décamps', des französischen Malers, darf am 3. März zur hundertjährigen Wiederkehr seines Geburtstages gedacht werden. Décamps ist in Paris geboren und war ein Schüler des Akademikers Abel de Pujol. Bei einem Aufenthalt in Konstantinopel und Kleinasien sammelte er die Eindrücke für die ganz eigenartigen Farbeneffekte, durch die seine Bilder eine gewisse Berühmtheit erlangten. Mit Vorliebe malte Décamps orientalische Volksscenen, dann auch Darstellungen von Affenszenen in satyrischen Bildern. Sein Tod, der am 22. Aug. 1860 erfolgte, erregte Aufsehen durch die fürchterliche Art des Unglücks, dem Décamps erlag. Bei einer Parforcejagd im Park zu Fontainebleau wurde sein Pferd scheu und schleuderte ihn mit solcher Wucht an einen Baumstamm, daß der Schädel des Künstlers zertrümmert wurde. Décamps starb auf der Stelle.

— Professor Dr. Wortmann, bisher Vorsteher der pflanzenphysiologischen Versuchsstation, wurde zum Nachfolger des Landesökonomierats und Direktors der Königl. Lehranstalt für Obst-, Wein- und Gartenbau in Geisenheim Dr. Göthe ernannt.

— Der bekannte Bildhauer Senator Monteverde hat vorgeschlagen, daß die italienische Regierung schleunigst eine Kommission von Künstlern ernennt, die über die Zustände der Bildergalerie in Genua Bericht erstatten solle, ehe die bereits aus Paris entsandte französische Kommission ihren natürlich tendenziösen Bericht erstatte. Die französischen Anspürche auf die genuesischen Meisterwerke beginnen mittlerweile die ganze italienische Presse zu alarmieren.

Einen ungedruckten Brief Goethes, der zwar literarisch nicht weiter bedeutsam ist, aber in der Behandlung einer nebensächlichen Angelegenheit doch erkennen läßt, wie der große Dichter in seiner Stellung als Staatsminister sich auch um geringfügige Dinge bekümmert hat, veröffentlicht der Oberbürgermeister von Weimar Pabst in der „Weim. Ztg." Der in den Stadtratsakten befindliche Brief, der an den Bürgermeister der Stadt Weimar Rat Schulze gerichtet ist, bezieht sich auf eine beim Einzuge des jung vermählten Erbprinzenpaares Karl Friedrich und Maria Pawlowna errichtete Ehrenpforte und lautet: „Ew. Wohlgeboren ersuche ich gar sehr die vor die Ehrenpforte gesetzt gegen (sic) Bretter wegnehmen zu lassen. Wenn auch durch den Zudrang des Volkes inwendig etwas verdorben werden sollte, so schadets nichts. Es wird durch die angebrachte Vorsorge entstellt. Allenfalls könnte man irgend einen Tagelöhner hinpostiren der einigermaßen acht hätte. Sonst ist ja alles recht schön u. zu höchster Zufriedenheit geraten und abgegangen. Weimar 7. 11. 1804. gez. Goethe."

Gerichtsverhandlungen.

Schwurgericht.

Halle, 2. März.

Wegen Konkursvergehens — einfachen Bankerotts — wurde heute gegen den Kaufmann Heinrich Dobberstein auf 1 Jahr Gefängniß erkannt. Zwei Monate wurden auf die Untersuchungshaft abgerechnet.

Augsburg, 28. Febr. Zwischen dem Fabrikanten Emil Deschler und seinem Hausknecht Anton Hofmann kam es am 10. November wegen des Arbeitsverhältnisses zu Differenzen. Hofmann zeigte dabei eine völlig falsche Auffassung, worauf ihm Deschler zurief: „O Sie Rindvieh!" Das gab Anlaß zu einer Beleidigungsklage, doch erkannte das Schöffengericht, wie wir s. Z. meldeten, auf Freisprechung. Es billigte dem Beklagten den Schutz des § 193 zu, auch nahm es an, daß Deschler nicht die Absicht hatte, zu beleidigen, er habe durch die inkriminierten Worte nur sein Erstaunen über die — harmlose Auffassung des Klägers bekunden wollen. Auf erhobene Berufung hob die Strafkammer dieses Urteil auf und verurteilte Deschler, nach der „Fränk. Ztg.", zu 10 M. Geldstrafe. Das schöffengerichtliche Urteil ist s. Z. in der Presse scharf kritisiert worden.

Provinzialnachrichten.

-e. Petersberg, 1. März. [Selbst die armen Dienstboten] werden von den Spitzbuben nicht verschont. Während der vorletzten Nacht drang nämlich ein Dieb in den Pferdestall des Gutsbesitzers Finger in dem benachbarten Orte Zeundorf, in dem die Pferdeknechte schliefen, leerte deren Geldtaschen und durchsuchte sie mit ca. 30 M. Keiner der Knechte war während dieser Zeit erwacht; erst am Morgen bemerkten sie den Raub. Die sofort erstattete Anzeige hatte auch alsbald Erfolg, denn der Dieb wurde durch den herbeigerufenen Fußjäger in der Person eines fremden Knechts ermittelt, dem das gestohlene Geld wieder abgenommen wurde, während er selbst in das Polizeigewahrsam spazieren mußte.

N. Gisleben, 2. März. [Erdbewegung.] Auch von anderer Seite wird uns mitgeteilt, daß hier in vergangener Nacht 1/4 1 Uhr eine recht kräftige Erdbewegung verspürt worden ist; sie wurde im ganzen Senkungsgebiet wahrgenommen.

* Naumburg, 1. März. [Verfagte Bestätigung.] Die Stadtverordneten hatten den Zimmermeister Dietrich zum unbesoldeten Stadtrat gewählt. Der Regierungspräsident zu Merseburg hat der Wahl die Bestätigung versagt.

* Magdeburg, 2. März. [In der Citadelle] hat jetzt der Oberleutnant Werner v. Graivert seine zweijährige Festungshaft angetreten, die ihm wegen Tötung des Rechtsanwalts Dr. Ayeu-Flensburg im Duell zuerkannt sind.

-h- Schöneberk, 2. März. [Fahrraddiebstahl.] Der hiesigen Polizei ist es gelungen, einen Fahrraddieb zu entdecken. Der Kaufmann das Rad entwendet, und es schien, als sollte der Diebstahl unentdeckt bleiben. Da meldete sich ein Bäckerlehrling aus Salbke und gab an, den Dieb zu kennen. Als der Lehrling nochmals wieder kam, war ein Polizeibeamter zugegen, dem der Lehrling einen andern Lehrling W. in Salbke als Dieb des Rades nannte. Der Polizeibeamte fuhr mit seinem Rade von hier hinüber und es gelang ihm, in Gegenwart eines dortigen Beamten den W. zum Geständnis und Herausgabe des Rades zu bringen. Das Rad wurde hierher geschafft. Dabei machten aber der W. und der andere Lehrling Schm. noch überraschende Angaben. Sie behaupteten, ihr früherer hier wohnender Meister habe sie zum Diebstahl verleitet: den W., das Rad zu stehlen, wofür der Meister ein Versteck auf dem Boden angewiesen habe; den Schm., in Gommern bei dem Herrn D. eine Luftpumpe und hier, bei Herrn Ch. Schlüssel zu stehlen. Nun wird sich der Meister auch zu verantworten haben. Was daran ist, wird man ja sehen.

* Torgau, 2. März. [Belohnung.] Der in der Nacht zum 18. Febr. in Sitzenroda ausgekommene Brand, der die Scheune des Halbhüfners Wilhelm Geisel einäscherte, scheint auf Brandstiftung zurückgeführt zu werden. Für die Ermittelung des Brandstifters hat der Kreisfeuersocietätsdirektor, Herr Landrat Wiesand, eine Belohnung von 300—600 M. ausgesetzt.

-h. Mühlberg (Elbe), 2. März. [Ein Steuermann ertrunken.] Der Dampfer „Alice" der österreichischen Nord-West-Dampfschiffahrts-Gesellschaft mußte am Sonnabend-Abend gegen 9 Uhr unterhalb Mühlberg in der Nähe des sog. Plothaer Falles, infolge des orkanartigen Sturmes mit seinem Schleppzuge die Fahrt unterbrechen und vor Anker gehen. Um den Dampfer zu befestigen, wurde ein mit drei Leuten bemanntes Boot an Land geschickt. Dasselbe kam den Schleppkahnen zu nahe und wäre beinahe gekentert. Der mit in dem Boote befindliche zweite Steuermann des Dampfers stürzte über Bord und verschwand in den Fluten. Bei dem starken Sturme und der Finsternis war eine Rettung des Verunglückten unmöglich. Sein Leichnam ist noch nicht gefunden.

K. Erfurt, 2. März. [Verhaftet] wurde gestern auf Requisition der Staatsanwaltschaft zu Leipzig ein seit kurzem in Erfurt wohnender junger Mensch, welcher verdächtig ist, in Leipzig 750 M. unterschlagen zu haben und mit dem Gelde flüchtig gewesen zu sein.

K. Erfurt, 2. März. [Zwei gemeingefährliche Diebe,] welche sogar so dreist waren, mit Wagen und Pferd Diebstähle auszuführen, konnten gestern von unserer Kriminalpolizei dingfest gemacht werden. Sie waren wiederholt nach einer Feldscheune, welche auf einem der hiesigen St. Josefsklasse gehörenden Acker in der Bindersleber Flur steht, gefahren und hatten große Quantitäten Stroh gestohlen. Entdeckt wurden die Spitzbuben dadurch, daß beim letzten Abfahren hart an der Erfurter Grenze das Fuder umstürzte. Sie haben schon verschiedenes auf dem Kerbholze.

* Aus der Altmark, 2. März. [Geheimer Justizrat Zabel †] In Seelow starb am gestrigen Sonntag, über 100 Jahre alt, der Geheime Justizrat Zabel. Er hatte am 31. Mai v. J. in voller Geistes- und seltener Körperfrische seinen hundertsten Geburtstag begangen. Die ganze Stadt hatte den Tag zu einem Festtag gemacht und das Ereignis durch Veranstaltungen aller Art gefeiert. Auch der Kaiser hatte des alten Herrn gedacht. Wie damals berichtet wurde, ist der Jubilar an jenem Tage zum Geheimen Justizrat ernannt worden. Mit Zabel ist einer der Letzten dahingegangen, die sich noch rühmen durften, den Kanonendonner der Leipziger Völkerschlacht gehört zu haben. In die Bewegung des Jahres 1848 hatte sich auch Zabel gestürzt, und das hatte für ihn schlimme Folgen gehabt. Seiner Amtswürden entkleidet, hatte er lange Jahre sich mühsam als Sekretär durchgeschlagen, bis die durch unseren nachmaligen Kaiser Wilhelm eingeleitete neue Aera auch ihm den Anbruch einer ruhigen und besseren Zeit brachte. Als Rechtsanwalt durfte er sich in Seelow niederlassen, und niemals hat es wohl einen glühenderen Patrioten für des wiedererstandenen Reiches Macht und Herrlichkeit gegeben, als es der wackere Alte gewesen ist. Noch seine letzte Lebenszeit zeugte von desselben Kraft seiner Natur. Er hatte vor einigen Wochen das Unglück gehabt, bei einem Fall das rechte Schlüsselbein zu brechen, und der Bruch war bei dem hundertjährigen Herrn gut geheilt. Krank ist Zabel nur wenige Tage gewesen und ohne Todeskampf hinübergeschlummert.

* Aus Thüringen, 2. März. [Das Dienstjahr der Lehrer.] In verschiedenen thüringischen Staaten sind bereits seit längerer Zeit Lehrer-Militärkommissionen aus Mitgliedern der Lehrervereine gebildet worden, welche den jungen Lehrern bei Beantwortung der Frage, wie ihnen der Einjährig-Freiwilligen-Dienst finanziell möglich gemacht werden kann, mit Rat und Tat zur Hand gehen. In Sachsen-Gotha ist diese Frage in folgender Weise gelöst worden: Der junge Lehrer muß sich sofort nach bestandener Seminar-Abgangsprüfung bei dem Lehrer-Lebensversicherungsverein in Gotha mittels einmaliger Prämienzahlung versichern. Die Prämie beträgt 364,60 M. bei einer Versicherungssumme von 1000 M. und 546,90 M. bei einer Versicherungssumme von 1500 M. Die Prämie wird von dem Lehrerversicherungsverein vorläufig vorgeschossen und muß nach zwei Jahren bezahlt sein. Auf Grund der Versicherungspolice zahlt die Gewerbe- und Landwirtschaftsbank in Gotha unter Bürgschaftsleistung des Landesschreervereins beim Beginn der Militärdienstzeit des Versicherten an diesen das Kapital bis zum vollen Betrag der Police aus. Das Kapital muß mit 4 1/2 Proz. verzinst und nach Ablauf des Dienstjahres mit 10 Proz. getilgt werden. Vielfach dienen jetzt noch die meisten Lehrer nicht als Einjährig-Freiwillige, sondern als sogenannte „Königs-Einjährige". In Jena sind z. B., nach der „Dorfzeitung", unter den ihrer Militärpflicht genügenden zwölf Volksschullehrern nur vier, die als Einjährig-Freiwillige dienen. Erfreulich aber ist, daß bisher überall die meisten der einjährig-freiwillig dienenden Lehrer nach Ablegung der vorschriftsmäßigen Prüfungen und Uebungen das Patent als Reserveoffiziere erhalten haben.

⊙ Weimar, 2. März. [Zum Leipziger Bankkrach.] Das Großherzogtum Sachsen war bei dem Zusammensturz der Leipziger Bank bekanntlich mit 660,000 M. beteiligt. Rund 330,000 M. = 50 Proz. gingen aus der Konkursmasse sofort hervor und 10 Proz. = 99,000 M. hoffte man noch zu erhalten. Da nun nach Mitteilung des Konkursverwalters in der letzten Gläubigerversammlung für den wahrscheinlichen Fall des Wegfalls der Aktionär-Ansprüche mindestens noch 15 Proz. verteilt werden können, so würden für Sachsen-Weimar anstatt 99,000 M. 132,000 M. herausspringen, so daß also im ganzen 462,000 M. gerettet würden.

* Dieterasdorf, 1. März. (Mord.) Die Witwe Anna Schmelzer, etwa 35 Jahre alt, wurde gestern in dem Brunnen des Arbeiters Wilhelm Böttcher tot aufgefunden. Das Amtsgericht wurde heute von dem Vorfalle benachrichtigt und stellte fest, daß ein unfreiwilliger Tod stattgefunden hat. Die Ermordete trägt am Halse Strangulationsspuren und am Kopfe handbreit über dem Ohr zwei vermutlich von einem Hammer herrührende offene Wunden, die den Tod herbeigeführt haben können. Wie aus den Fußspuren hervorgeht, hat vor dem Brunnen ein Kampf stattgefunden. Es ist anzunehmen, daß der Mörder sein Opfer in den Brunnen stürzte, um die Spuren der Tat zu verwischen. Als Mörder ist dringend verdächtig der Landwirt Otto Aehle, der mit der Verstorbenen ein Liebesverhältnis unterhielt; er wurde gefesselt dem Amtsgericht zu Roßla überliefert.

Vermischtes.

Wieviel Postbeamte gibt es auf der ganzen Erde? Genau läßt sich diese Frage nicht beantworten, weil nicht von allen Postverwaltungen Statistiken vorliegen. Für die große Mehrzahl der Länder enthält aber die vom Internationalen Bureau des Weltpostvereins in Bern zusammengestellte „Allgemeine Weltpostvereinsstatistik" Angaben über die Zahl der Postangestellten. Danach sind im Jahre 1900 in den Weltpostvereinsländern zusammen nicht ganz eine Million Beamte und Unterbeamte tätig gewesen. Ihnen treten noch rund 30,000 Postillone und 50 60,000 Posthalter und sonstige im Dienste der Post stehende Fuhrunternehmer hinzu. Rechnet man dazu die Angehörigen aller dieser Personen, so kommt man zu dem Ergebnis, daß die Existenz von im ganzen rund 4—5 Millionen Menschen, oder wohl noch mehr, unmittelbar von der Post abhängt. Die größte Zahl von Postangestellten hat nach der Statistik Deutschland aufzuweisen, nämlich ein Personal von 222,809 Köpfen oder rund ein Fünftel der Gesamtzahl. Es folgen die Vereinigten Staaten von Amerika und Großbritannien, wo 218,857 und 178,184 Personen im Postdienste beschäftigt werden, dann in weitem Abstande Frankreich mit 74,929, Rußland mit 55,917, Britisch-Indien mit 55,073, Japan mit 52,175, Oesterreich mit 45,872 Postangestellten, ferner Italien, Ungarn, Kanada, die Schweiz und Mexiko, wo zwischen 25,000 und 10,000 Personen im Dienste der Post wirken, und schließlich alle die anderen Länder des Weltpostvereins bis herunter zu den Turks-Inseln, für welche die Statistik einen einzigen Postbeamten nachweist.

Pistolenduell. Zwischen zwei Studierenden der Karlsruher Technischen Hochschule, Stanislaus Goldberg aus Warschau und Viktor Schwarz aus Kattowitz, fand infolge Streits in einer Liebesaffäre ein Pistolenduell statt, wobei Goldberg seinen Gegner durch einen Schuß durch den rechten Arm und die Brust schwer verwundete. Goldberg ist flüchtig und wird polizeilich verfolgt. Am Aufkommen des verwundeten Schwarz wird gezweifelt.

Diebstahl in einer Gesandtschaft. In der bayrischen Gesandtschaft zu Paris ist ein Diebstahl verübt worden, der zweifellos dem seit Sonntag verschwundenen Privatdiener des Geschäftsträgers Freiherrn v. Guttenberg, einem Schweizer namens Schmitz, welcher demächst den Dienst verlassen sollte, zur Last fällt. Gestohlen wurden 5200 Francs Privatgelder und 200 Francs für Unterstützungszwecke bereitliegende Gelder, hingegen keinerlei Wertpapiere oder Schriftstücke.

Ausgewiesen. Aus Dresden wird gemeldet, daß der Zahnarzt Lewis Atwell O'Brian demnächst die sächsische Hauptstadt verlassen und sich nach Amerika wenden wird; man bringt seine Abreise mit der Affäre der früheren Kronprinzessin von Sachsen in Verbindung. Eine polizeiliche Ausweisung ist nicht erfolgt.

Auf dem internationalen Schachturnier in Monte Carlo gewann in der 14. Runde von den Anziehenden nur Mieses gegen Marshall. Es verlor Albin gegen Schlechter, Maison gegen Maroczy, Moreau gegen Reggio und Taubenhaus gegen Maroczy. Remis wurden die Partien Wolf-Pillsbury und Teichmann-Tarrasch. Der Stand nach der 14. Runde ist folgender: Pillsbury 10, Tarrasch, Teichmann, Marco, Schlechter je 9 1/2, Marocczy 9, Mieses 8, Marshall 6 1/2, Wolf 6, Maison und Taubenhaus je 5 1/2, Albin 5, Reggio 4 1/2, Moreau 0.

Viertausend Häuser eingestürzt. Durch Feuers- und Wassersnot ist in Korea eine gewaltige Katastrophe herbeigeführt worden. Durch Ueberschwemmung und Feuersnot wurden nicht weniger als 4000 Häuser zum Einsturzen gebracht, wobei, soweit bis jetzt feststeht, 186 Menschen ums Leben kamen.

Wassersnot. Ganz Westpennsylvanien ist von Hochwasser heimgesucht, da der Ohio-Strom und seine beiden Quellflüsse Alleghany und Monongahela ausgetreten sind. Hunderte von Personen mußten ihre Häuser verlassen oder nach höher gelegenen Stockwerken flüchten. Im Tieflande stehen 56 Fabriken still, wodurch über 38,000 Arbeiter zeitweilig beschäftigungslos geworden sind. Im allgemeinen geht der Wasserstand zurück, doch ist in Wheeling (Westvirginien), wo das Wasser des Ohio noch steigt, die Lage gefahrdrohend; es wird befürchtet, daß auch dort die Fabriken den Betrieb werden einstellen müssen.

Wetter-Aussichten

auf Grund der Berichte der Deutschen Seewarte.

[Nachdruck verboten.]

4. März: Tags angenehm, nachts kalt. Windig.
5. März: Tags angenehm, nachts kalt. Windig. Meist trocken.
6. März: Kälter, wolkig, teils heiter. Niederschläge. Sturmwarnung.
7. März: Wolkig, Niederschläge. Sehr windig. Vielfach heiter.

Meteorologische Station zu Halle.

	2. März (9 Uhr 12 Min. ab.)	3. März (7 Uhr 12 Min. mg.)
Barometer Millimeter	740,6	732,5
Thermometer Celsius	5,3	3,5
Rel. Feuchtigkeit	65 %	67 %
Wind	S 2	SO 4

Maximum der Temperatur am 2. März: 9,5
Minimum in der Nacht vom 2. März zum 3. März: 4,9
Niederschläge am 3. März / Uhr morgens: 0,0 mm

Letzte Telegramme.

Berlin, 2. März. Der Kaiser ist 11 1/4 Uhr abends nach Wilhelmshaven abgereist.

Berlin, 3. März. Hier hat sich eine Gesellschaft zur Bekämpfung des Kurpfuschertums gebildet. Dem Verein sind bereits eine größere Zahl von Aerzten und Laien aus den verschiedensten Ständen beigetreten. Zweck der neuen Gesellschaft ist die Aufklärung des Publikums über das schädliche Treiben der Kurpfuscher für das Gemeinwohl.

Unwetter-Meldungen.

Trier, 3. März. Ein heftiger Orkan wütete hier. Dächer wurden abgedeckt und viele Schornsteine umgerissen. Der Holzschuppen bei der Pulverniederlage wurde weggefegt und der militärische Wachtposten [illegible]

Handel, Gewerbe und Verkehr.

— Kokssyndikat. Der Vorstand teilt mit, dass die für März vorliegenden Versandverfügungen gestatten, für März Aufträge in Höhe von 91 Prozent der Beteiligungsziffer zu überschreiben (also entsprechend einer Einschränkung von nur 9 Proz., anstatt der vorgesehenen 19 Proz.). Die für Februar vorgesehene Einschränkung betrug 15 Proz.

— Das neue Deutsche Gussröhrensyndikat wird schon in allernächster Zeit eine weitere Erhöhung der Syndikatspreise eintreten lassen.

— Siemens & Halske. — Schuckert & Co. Aus den Vereinbarungen, welche den Generalversammlungen der beiden Gesellschaften unterbreitet werden, teilen wir noch folgendes mit: Die Gesellschaft wird ihren Sitz in Berlin und eine Zweigniederlassung in Nürnberg haben. Von dem auf 90 Mill. M. festgesetzten Stammkapital entfallen auf Siemens & Halske 45,05, auf Schuckert 44,95 Millionen; eingezahlt werden vorerst 80 Millionen. Zweck des Unternehmens ist die Ueberlassung und Fortführung des von beiden Firmen bisher selbständig betriebenen Fabrikations- und Verkaufsgeschäftes auf dem Gebiete des Starkstromes. Uebernommen werden daher auch sämtliche technische Büreaus beider Fabriken im In- und Auslande, wogegen die auswärtigen Häuser der beiden Gesellschaften ausserhalb der Kombination verbleiben, wenn auch in Zukunft ein freundschaftliches Hand in Handgehen derselben in Aussicht genommen ist. Die Einbringung geschieht zu dem Buchwerte. Die Rohmaterialien werden zu Einkaufspreisen eingebracht, falls solche nicht höher als der Tagespreis sind, die Halb- und Fertigfabrikate zu Tagespreisen, welche für beide Gesellschaften nach einheitlichen Grundsätzen festgelegt werden. Die Gewinnverteilung findet nach folgenden Grundsätzen statt: Nach den ersten 6 Geschäftsjahren, welche als Uebergangszeit betrachtet werden, findet eine Gewinnverteilung statt im ungefähren Verhältnis von 55 Proz. für Siemens & Halske und 45 Proz. für Schuckert. In den ersten 6 Geschäftsjahren ist die Firma Siemens & Halske ein wenig mehr bevorzugt: Es sollen zunächst in den ersten 3 Geschäftsjahren (2½ Jahre) nach vorgenommener Amortisation je 1 Mill. M. für das Jahr an beide Stammfirmen als Beitrag zum Obligationszinsendienst abgeführt werden. Der dann noch verbleibende Gewinn wird nach obigem Schlüssel 55 : 45 verteilt. Erreicht hierbei der Anteil von Siemens & Halske die Höhe von 2½ Millionen nicht, dann ist dieser aus dem Schuckertschen Anteil auf diesen Betrag zu ergänzen. Für die weiteren 3 Jahre fällt das der Firma Siemens & Halske in den ersten 3 Jahren zustehende Vorzugsrecht fort und es tritt eine Gewinnverteilungsquote in Kraft, welche allmählich zu dem endgültigen Zustand überleitet. Das erste Geschäftsjahr läuft vom 1. April bis 31. Juli 1903 und sodann stets vom 1. August bis 31. Juli. Der Aufsichtsrat wird aus einer ungeraden Zahl von Personen gebildet, und zwar stellt die Firma Siemens & Halske den Vorsitzenden, die Firma Schuckert dessen Stellvertreter. Die übrigen Mitglieder setzen sich in der Weise zusammen, dass Siemens & Halske ein Mitglied mehr ernennen, als Schuckert.

— Dividenden. Stettin-Bredower Portlandzement-Fabrik 6 Proz. (Vorjahr 7 Proz.), Chemische Fabrik auf Aktien (Schering) wieder 10 Proz. auf die alten und 4½ Proz. auf die Vorzugsaktien. — Ottensener Eisenwerk wieder 8 Proz., Württembergische Hypothekenbank wieder 7½ Proz., Chromopapier- und Kartonfabrik vorm. Jul. Najork in Leipzig 8 Proz. (4), Magdeburger Bau- und Kreditbank wieder 5 Proz., Steinsalzwerk Inowrazlaw 5 Proz. (6). Max Segall-Aktienges. 4 Proz. (0), Bankverein von Sprögerts, Büchner & Co. in Artern wieder 10 Proz., Magdeburger Feuerversicherungsgesellschaft 220 M.; dem Kapitalreservefonds werden 276,915 M., dem Sparfonds 350,000 M. überwiesen. — Magdeburger Rückversicherungsaktiengesellschaft 50 M., Steinkohlenbergwerk Nordstern 16 Proz. (20 Proz.) — Die Verwaltung der Oberschlesischen Eisenbahnbedarfs Aktienges. in Friedenshütte schlägt 2½ Proz. (V. 3 Proz.) Dividende vor, doch scheint es, dass ein Teil des Aufsichtsrats in der Sitzung am 6. März für eine Erhöhung der Dividende um ½ Prozent eintreten will. — Breslauer Diskontobank 4 Proz. (V. 6), Breslauer Wechslerbank 5 Proz. (4¼). Kammgarnspinnerei und Weberei Eitorf, bei der der A. Schaaffhausen'sche Bankverein interessiert ist, erzielte nach 90,000 M. Abschreibungen einen Reingewinn von 362,000 M. Die Dividende wird mit 8 Proz. vorgeschlagen. — Magdeburger Bergwerksaktienges. 35 Proz. (42) bei 372,171 M. (472,325 M.) Abschreibungen. — Geraer Jutespinnerei und Weberei zu Triebes 21 Proz. Prior.-Stammaktien Lit A., 18 Proz. Lit. B.

Essen a. R., 2. März. Kohlenmarkt. Markt ruhig.

Rio de Janeiro, 28. Febr. Wechsel auf London 11²⁷⁄₃₂.

Buenos Aires, 28 Febr. Goldagio 127,30.

Zahlungs Einstellungen.

Namen	Wohnort	Amtsgericht	Eröffn. Term.	Anm. Frist	1. Gl. Vers.	Prüf. Term.
Julius Ucko, Kaufmann	Breslau	Breslau	21.2.	28.3.	18.3.	17.4.
Handelsges. S. Adler	Göttingen	Göttingen	23.2.	30.3.	21.3.	8.4.
Verteilungsv. Hettenleidelheim u. Umgebung	Hettenleidelheim	Grünstadt	23.2.	31.3.	18.3.	15.4.
A. W. Gebauer, Kaufm. (Nachlass)	Lübeck	Lübeck	20.2.	23.3.	16.3.	30.3.
Emil Prochnow, Kfm.	Nörenberg	Nörenberg	23.2.	17.3.	19.3.	21.4.
Gustav Lude Hotelbes	Saalfeld	Saalfeld	20.2.	12.3.	21.3.	21.3.
Fa. A. L. Samuelsohns Söhne, Inh. L. Samuelsohn, Kaufmann	Schneidemühl	Schneidemühl	23.2.	20.4.	17.3.	5.5.
Komm.-Ges. E. Conrad, pers. Ges. Mühlenbes. E. Conrad	Schallenburg	Sömmerda	23.2.	15.4.	21.3.	25.4.
Moritz Kawa, Kaufm.	Georgenbg	Tarnowitz	19.2.	27.3.	20.3.	3.4.
Albert Gärtner, Kfm.	Witten	Witten	21.2.	1.4.	14.3.	11.4.

Schlachtviehmarkt im städtischen Viehhofe zu Halle.

Am 2. März 1903

Aufgetrieben waren	I. Qual. a.	I. Qual. b.	II. Qual. a.	II. Qual. b.	III. Qual. a.	III. Qual. b.	verkauft	unverkauft
(Preise f. 50 Kg. a. Lebend-, b. Schlachtgewicht)								
40 Rinder,							40	
davon: 5 Ochsen,	34	—	32	—	30	—	5	—
2 Färsen,	—	—	29	—	—	—	2	—
26 Kühe,	29	—	27	—	24	—	26	—
7 Bullen,	32	—	30	—	28	—	7	—
10 Kälber,	—	—	40	—	35	—	10	—
51 Hammel (Schafe),	30	—	27	—	24	—	51	—
227 Schweine	—	59	—	58	—	57	191	38

Gesamtauftrieb 328 Schlachttiere.

Schlachtviehmarkt Leipzig, 2. März. Marktpreise für 50 kg in Mark, erste Notierung für Lebend-, zweite für Schlachtgewicht. Auftrieb: 507 Rinder, und zwar: 223 Ochsen, 12 Kalben, 181 Kühe, 91 Bullen; 317 Kälber; 673 Stück Schafvieh; 1653 Schweine, und zwar 353 deutsche, — aus Ungarn, zusammen 3180 Tiere.

Ochsen:	1. vollfleischige, ausgemästete	—	70
	2. junge fleischige, nicht ausgemästete	—	67
	3. mässig genährte junge, gut genährte ältere	—	63
	4. gering genährte jeden Alters	—	59
Kalben u. Kühe:	1. vollfleischige, ausgemästete Kalben	—	67
	2. vollfleischige, ausgemästete Kühe	—	64
	3. ältere ausgemästete Kühe	—	60
	4. mässig genährte Kühe und Kalben	—	54
	5. gering genährte Kühe und Kalben	—	47
Bullen:	1. vollfleischige höchsten Schlachtwertes	—	64
	2. mässig genährte jüngere u. genährte ältere	—	61
	3. gering genährte	—	57
Kälber:	1. feinste Mast (Vollm.-Mast) u. beste Saugkälber	48	—
	2. mittlere Mast- und gute Saugkälber	44	—
	3. geringe Saugkälber	36	—
	4. ältere gering genährte (Fresser)	—	—
Schafe:	1. Mastlämmer und jüngere Masthammel	35	—
	2. ältere Masthammel	33	—
	3. mässig genährte Hammel u. Schafe (Merzschafe)	28	—
Schweine:	1. vollfleischige der feineren	—	57
	2. fleischige	—	54
	3. gering entwickelte, sowie Sauen und Eber	—	50
	4. ausländische (aus ....)	—	—

Geschäftsgang in Rindern, Schafen, Kälbern und Schweinen mittelmässig. Verkauf: 429 Rinder und zwar: 213 Ochsen, 12 Kalben, 179 Kühe, 91 Bullen, 346 Kälber, 568 Schafe, 1648 Schweine.

Getreide, Mühlen-Erzeugnisse u. s. w.

New York, 2. März. [Telegr.] Roter Winterweizen loco 82¾ (vorige Notierung 82¾), März 84⅛ (—), Mai 81⅜ (81¼), Juli 78½ (78⅝), September 76⅞ (77). Mais März 57¾ (—). Mai 53⅜ (53¼), Juli 51 (51). Mehl 3,05—3,10 (3,05—3,10). Getreidefracht 1½ (1½).

Chicago, 2. März. [Telegr.] Weizen Mai 77½ (77⅜), Juli 73⅝ (—). Mais Mai 47⅜ (47).

Berlin, 2. März. Frühmarkt. Weizen Märk. 156—156,50 ab Bahn, Juli 163,75—164. Unverändert. — Roggen Märker 133—134 ab Bahn. Still. Gerste, Leichte inl. Futterg. 126—132, do. schwere 133—144, do. klamm mit Geruch 128—133, alles frei Wagen und ab Bahn, do. russ. 125—127 frei Wagen. — Hafer, märk., meckl., pomm., posen., schles. fein 154,00—166,00, do. markisch meckenbl., pomm., posen., schles. mittel 144,00—153,00, do. märkisch., mecklenb., pomm., schles. gering 137,00—144,00, mit Geruch 130—142, do. russ. 136,00—140,00, alles frei Wagen und ab Bahn. Matt. — Mais, amerik. mixed, 127,00—129,00 frei Wagen. Matt. — Erbsen, inländische Futterware mittel und russische 144,00—152,00, do. feine 153—168, alles frei Wagen. — Weizenmehl Nr. 00 18,75—22,00. — Roggenmehl Nr. 0 u. 1 17,50—19,50. — Weizenkleie, grobe 9,50—10,00, do. feine 9,50—10,00. — Roggenkleie 9,60—10,00.

Oelsaaten. Oele. Fettwaaren.

New York, 2. März. [Telegr.] Schmalz Western steam 10,10 (10,05), do. Rohe und Brothers 10,25 (10,25).

Chicago, 2. März. [Telegr.] Schmalz März 9,70 (9,60), Mai 9,75 (9,62).

Petroleum.

* New York, 2. März. (Telegr.) Petroleum Standard white in New York 8,20, do. in Philadelphia 8,15, do. Refined 10,50 (in Cases) do. Credit Balances Cat Oil ity 1,50.

* Antwerpen, 2. März (Schlussbericht.) Raffiniertes, Type weiss loco 21,00 bez. u. Br., per März 21,00 Br., per April 21,25 Br., per Mai 21,50 Br. Fest.

Wasserstände (+ bedeutet über, — unter Null)

Saale und Unstrut

	1. März		2. März		Fall	Wuchs
Artern, Brückenpegel	1. März	+ 0,80	2. März	—	—	—
Weissenfels, Oberpegel	»	+ 2,56	»	+ 2,56	—	—
do. Unterpegel	»	+ 0,70	»	+ 0,74	—	4
Trotha	»	—	»	—	—	—
Alsleben, Oberpegel	»	+ 2,46	»	+ 2,45	1	—
do. Unterpegel	»	+ 1,96	»	+ 1,94	—	8
Bernburg	»	+ 1,56	»	+ 1,52	—	2
Kalbe, Oberpegel	»	+ 1,70	»	+ 1,68	2	—
do. Unterpegel	»	+ 1,22	»	+ 1,28	—	6

Der Wasserstand von Trotha befindet sich im Abendblatte.

Moldau. Iser. Eger. Elbe.

	März	Fall	Wuchs		März	Fall	Wuchs
Budweis	1. + 0,16	3	—	Torgau	2. + 2,20	15	—
Prag	» + 0,38	18	—	Wittenberg	» + 2,90	—	—
Jungbunzlau	» + 0,64	—	18	Rosslau	» + 2,56	9	—
Laun	» + 0,30	—	1	Barby	» + 2,77	5	—
Pardubitz	» + 1,20	—	50	Magdeburg	» + 2,35	4	—
Brandeis	» + 1,55	15	—	Tangermünde	» + 3,30	1	—
Melnik	» + 0,93	30	—	Wittenberge	» + 2,82	—	8
Leitmeritz	» + 0,73	17	—	Dömitz Peg	1. + 2,23	—	12
Aussig	2. + 1,16	15	—	Lauenburg	2 + 2,24	—	11
Dresden	» — 0,26	20	—				

Aussig: Von den oberen Plätzen werden 46 cm Fall gemeldet. Fracht nach Magdeburg die Tonne 200 Pfg. gezahlt.

Schleppverkehr auf der Saale.

Mitgeteilt vom Halleschen Speditions-Verein m. b. H.

Angekommen in Halle am 2. März. Schlepper Nr. 1304, Sr. Rothkohl und Mr. 86, Sr. Weissbach, mit Stückgut von Hamburg.

Schleppschifffahrt auf der Elbe.

Aken, 2. März. Eilkahn Nr. 183, Strm. Saaxe und Nr. 1363, Strm. Richter, sind heute hier eingetroffen.

Berliner Börse

vom 2. März.

(Ergänzung zu den telegr. Meldungen im gestr. Abendblatt.)

Bank-Disconto.

Berlin Wechsel 3½, Lomb. 4½. Amsterd. 3. Brüssel 3. Wien 5. Petersb. 4½. London 4. Paris 3.

Deutsche Fonds- u. Staatspap.

Barmer Stadtanleihe	3½	100,25G
Berliner Stadt-Obl.	3½	101,10bzG
do. do. 1892	3½	101,20bzG
Magdeburger St.-Anl.	3½	100,40bzG
do. do. neue	4	104,60G
Westpr. Prov.-Anl.	3½	— —
Bad. Staats-Eis.-Anl.	3½	— —
Bayrische Anleihe	3½	101,80bzG
Braunschw. 20 Thlr.-L.	—	136,75bz
Köln-Mind. Pr.-Anth.	3½	136,90bz
Hamb. 50 Thlr.-Loose	3	144,30bz
Meininger 7 fl.-Loose	—	31,50bz
Oldenb. 40 Thlr.-Loose	3	131,50bz

Ausländische Fonds.

Argent Gold-Anl. 5%	5	— —
do. innere do. 4½%	4½	83 90bzG
Barletta 100 Lire-Loose		18,75bzG
Bukar. Stadt-Anl. 1884	4½	— —
do. do. 1888	4½	— —
Chilen. Gold-Anl. 1889	4½	— —
Chinesische St.-Anl.	5½	— —
do. v. 1895	6	— —
do. do. kleine	6	104,70bzB
do. v. 1896	5	100,90bzG
do. v. 1898	4½	98,90bzB
Egyptische priv. Anl.	3	— —
do. do. do.	3½	— —
Freiburg. 15 Fr.-Loose	—	— —
Griech. Anl. 1881—84	—	43,10G
do. kons. Goldrente	—	32 75bzG
do. Monopol-Anl.	—	45,50bzG
do. Gd.-Anl. v. 1890	—	41,50G
Lissabon Stadtanl. 1886	4	81 75bzG
do. do. ...	4	82,20bzG
Mailänd. 10 Lire-Loose	-	20 50bz
Mexikaner Anl. à 100	5	101,90bz
do à 20	5	101,90bz
Norweg. Staats-Anl. 88	3	— —
Oesterr. 1860er Loose	4	156,00bzG
Rumän. Anleihe 1891	4	86,40bzG
do. do. mittlere	4	86,60bzG
do. do. kleine	4	86,60bzG
Russ. Gold-R. 1884, 87	5	— —
do. Orient-Anl. II.	4	— —
do. do. III.	4	— —
do. Nicolai-Oblig.	4	— —
do. Boden-Kredit	5	— —
do. 3⁸⁄₁₀% do. gar.	3,8	97,50bz
Russ. Präm.-Anl. 1864	5	— —
do. do. 1866	5	— —
Schwed. St.-Anl. 1886	3½	100 70bzG
do. do. 1890	3½	100 50bzG
do. Hyp.-Pfdbr. 1878	4	101,10bzG
Türkische Anleihe D.	1	29 90bz
do. Administ.	5	103 50bz
do. 400 Frcs.-Loose	-	129,70bz
Ungarische Gold I.-A.	4½	— —
do. Kr.-R.	4	100 40bzB
do. Staats-R. 97	3½	93,50bzB

Industrie-Aktien.

A.-G. f. Anilinfabr.	15	248,75bzG
Admiralsgarten-Bad	5	102,75bzG
Annaburger Steingut	0	96,00bzB
Archimedes	4	170,50bzG
Braunschweiger Jute	12	190,10bzG
Berl.-Anh. Maschinen	14	186,10bzG
Berl.-Charl. Bau-V.	m.T	662,00bz
Berliner Bockbrauerei	9	158,80G
do. Brauerei Königst.	5	114,60bz
do. Union Gratweil	5	111,00bzG
Brsl. Eisenb. W., Linke	8	174,50bzG
Breslauer Oelwerke	½	67,25G
do. Strassenbahn	10¼	160,00bzG
Cement-Bau-Ges. Berl.	fr. Z	283,75B
Charlottb. Wasserwerk	13¼	297,50B
Chem. Fabr. Schering	10	216,25bzG
Chemn. Masch. Zimm.	4	115,00bzG
Dessauer Gas	12	202,25bzG
Dtsch. Gasglühl.-Ges.	7	203,00bzG
Dtsche Jutespinnerei	5	143,25bzG
Eckert Masch.-Fab.	5	133,00bzG
Elberfeld. Farbenfabr.	20	340,25
Erdmannsdorf. Spinn.	0	66,30bzG
Freund Masch. konv.	12	303,00G
Görlitzer Eisenbbed.	12	229,00G
Hagener Gussstahl	frc.	41,75G
Hansa, Dampfschiff.	8	124 10bzG
Harburg-Wien Gummi	20	343,00bzG
Harkort St.-Pr. konv.	7	190,30bz
do. Brückenb. konv.	7½	— —
do. do. St.-Pr.	8½	134,00B
Keyling & Th. Eiseng.	3	115,75bzG
Köln-Müsener conv.	6	105,75bz
Kurfürstend. Ges. i. Liq.	fr. Z	347,00bzG
La Veloce, Ital. D.	0	— —
Ludw. Löwe & Co.	12	256,00bzG
Mälzerei Wrede	4	73,25G
Magdeburger Baubank	5	91,25G
Magdeb. Strassenbahn	5	120,10bz
Maschin. Breuer	4	74,50G
Neue Boden-A.-G.	10	155,50bzG
Neuroder Kunstanstalt	7	100,00B
Nienburg E. V.-A. abg.	0	69,30B
Nordd. Eiswerke	1	64,75G
Omnibus-Gesellschaft	10	195,00G

Oppeln Portl.-Cem.	3	116 00bzG
Orenstein & Koppel	0	131,00bzG
Rhein. Cham. u. Dinasw.	0	76,25G
Sangerhäuser Masch.	15	195,00B
Saxonia Cement	3	99,25bzG
Schäffer u. Walcker	0	50,90bz
Schlesische Cement	6½	160,00bzG
Schwartzkopff	10	229,70G
Siemens, Glas-Industr.	18	241,90bz
Stettiner Cham. Didier	18	274,75bzG
Sudenburg. Maschin.	0	56,60bzG
Ver. Köln-Rottw. Pulv.	11	208,00bzG
Vereinsbrauerei Artern	5½	—
Westf. Draht-Industrie	9	157,00B
Wittener Guss	7	161,00bzB
Wilhelmshütte conv.	0	78,30bz
Zuckerfabr. Fraustadt	10	153,80bzG

Deutsche Eisenb.-Prior. Oblig

Dortm.-Gronau	3½	100 00G
Halle-Hettstedt	3½	95,20G
Ostpreuss. Südbahn	4	83,80G

Deutsche Eisenb.-St.-Prior.

Breslau-Warschau	4	85,10G
Dortmund-Gronau-E.	8½	201,00bzG
Marienb.-Mlawkaw	5	— —
Ostpreuss. Südbahn	4⅔	115,75bz

Eisenb. Prior.-Obligationen.

Ital. Eis.-Obl. St. gar.	3	70 50bzG
do. Mittelmeerb. stfr.	4	102,25G
Lemberg-Czernowitz	4	— —
Oest.-Frz. Staatsb., gar.	3	95,20bzG
do. Ergänzungsn.	3	93,20G
do. Gold-Pr.	4	102,30G
Oesterr. Lokalbahn	4	100,20bzG
do. Nordwestbahn	5	111,80G
Südöster. Bahn (Lomb.)	3	65,60bzG
do. Obligationen	5	106,75bz
Ung. Nordostb. Gold-O.	4½	— —
do. Eisenb.-Silb.-A.	4½	— —
Iwangorod-Dombr. gar.	4½	— —
Kosl.-Woronesch Obl.	4	— —
K.-Chark.-As., Obl., 89	4	100,60G
Kursk-Kiew	4	101,30bzG
Mosco-Kiew-Woron	4	100,70bzG
Mosco-Kursk	4	— —
Mosco-Rjäsan	4	101,30G
Mosco-Smolensk	5	101,00B
Orel-Griäsi 1889	4	100,90bz
Rjäsan-Koslow	4	101,00B
Rjäsan-Uralsk gar ukd. [b. 1909	4	— —
Rjaschk-Morczansk	5	100,70bzG
Rybinsk-Bologoye	4	100,60bzG
Russ. Südwestbahn	4	101,10bzG
Transkaukasische	3	87,40bz
Warschau-Wiener 10er	4	— —
do. IX. Ser.	4	101,30bzG
Wladikawkas Oblig.	4	100,80bz
do. unkdb. b. 1906	4	100,80bzB
Manitoba rz. 1933	4½	— —
Northern-Pac. I. b. 1921	4	— —
do. Pref.	4	103,50bz
do. Gen. Lien.	3	73,60bzB
S Louis u. S. Fr. rz. 1931	6	— —
do. do. do.	5	90,00bzG
Central-Pacific	5	— —
Anatol. I. 2040 M.	5	103,25bzB
„ II. Ergz. 2640 M.	5	102,50bz
Macedonische G.-O.	3	64,60bzG
Portug. Eisenb. O. 1886	3	74,40bzG
do. 1889	4½	99,25G

Eisenbahn Stamm Aktien.

Aachen-Mastricht	7½	— —
Buschtiehrader B.	13	— —
Halberst.-Blankenb.	4	110,06G
Jura-Simpl. kv. Westb.	4	— —

Ausländ. Eisenb. Stamm- u. Stamm Prior. Aktien.

Aussig-Teplitz	13,4	— —
Böhmische Nordbahn	7⅔	— —
Galiz. (Karl-Ludw.-B.)	5	— —
Graz-Köflach	6½	— —
Kaschau-Oderberg	4	— —
Kronpr. Rud. St. Sch.	4	100,00bz
Lemberg-Czernowitz	6¾	— —
Oesterr. Nordwestb.	4¾	— —
do. B. Elbethalb.	5¼	— —
Südösterreich (Lomb.)	⅖	15 40bz
Ungar.-Galiz. (gar.)	5	— —
Ivangor-Dombrowo	5	— —
Kursk-Kiew	9⅜	— —
Warschau-Terespol	5	— —
Warschau-Wien.	26¼	— —
Gotthardbahn	6	— —
Ital. Meridionaux	6⅘	— —
Lüttich-Limburg.	0,10	— —
Schweiz. Centralbahn	9⅗	— —
Westsicilianische Anl.	4	40,00bzG

Hypoth.-Pfand- u. Rentenbrief.

Anh.-Dessauer Pfdbr.	4	— —
Berl. Hyp.-B. 80% abg.	4	100,10bzG
do. do.	3½	96,00bzG
B.-Han. Hyp. I., X., XI.,	3½	97,50bzG
„ II.-IX., XII.-XV.	3½	97,00bzG
„ XVI. u. XVII.	4	101,00G
„ XVIII. unk. 05	4	101,50bzG
„ XIX.	3½	97,00bzG
„ XX. unk. 10	3½	97,00G
D. G.-K.-B. IV. rz. 110	3½	102,40G
do. do. V. rz. 100	3½	100,50G
do. VI. unkb. 1900	4	100,70bzG
do. VII unkb. b. 1903	4	102,50bzG
do. VIII S. b. 1905 ukb.	3½	103,00G
do. IX. u IXa bis 9 uk.	4	98,00bzG

Deuts. Hp.-B.-Pfd. VII.	4	101,00bzG
do. I. u. Ia. conv.	4	101,50G
do. X. unkdb. 1900	4	101,80bzG
do. XI. u. XII. „ 1918	4	103,00bzG
Hamb. 251-310 unk. 1905	4	101,30bzG
do. unk. bis 1900	4	100,90bzG
do. S. 301-350, unk. 1908	3½	98,00bzG
do. S. 46-190, uk. 1905	3½	97,30bzG
do. alte u. con.	3½	97,40bzG
Hann. Bod. Pf. I. uk. 1904	3¾	99,00G
do. do. II.	3½	96,25G
do. do. III.	4	100,25G
do. do. IV-VI.	4	101,00bzG
Leipz. Hyp.-B. VII. 1908	3½	98,40G
do. do. F.	4	102,90G
do. do. VIII. IX.	4	102,90G
Mein. H.-B., conv.	3½	97,60bzG
do. Serie II.	4	101,00G
do. unkdb. bis 1905	3½	97,70bzG
do. unkdb. bis 1907	3½	97,80bzG
do. Em. VI.	4	101,30bzG
do. Em VII unk. b. 1906	4	102,00bzG
do. Präm.-Pfdbr	4	136,20B
Nordd. Gr.-Cred.-Pfdb.	4	100,30bzG
do. IV. V. ukb. b. 1903	4	100,30bzG
Ostpreussische	3½	100,20G
Pom. II. V., VI. 1900 uk.	4	89 25bzG
do. VII. VIII. 1904 uk.	4	89,25bzG
do. IX. X. 1906 uk.	3½	82,00bzG
do. XI. XII. 1908 uk.	4	— —
do. II. III. 1906 uk.	3½	82,00bzG
Posensche	4	103,20bz
P. B.-C.-Pfd. I. II. rz. 110	5	— —
do. III., V. u. VI. rz. 100	5	— —
do. XIII. rz. 100	4	101 75bzG
do. XIV. ukb. 1905	4	101,75bzG
do. XV. ukb. 1904	3½	97,00bzG
do. XVIII. ukb. 1910	4	102 60bzG
do. XIX. ukb. 1911	4	103 00bzG
Pr. Centrb.-Pfdbr. 1909	4	103,20bzG
do. do. v. 1894	3½	98,00bzG
do. ukb. 1906	3½	98,10bzG
P. H.-A.-B. abg. 80% rz 125	4½	117 50bzG
do. do.	4	100,75bzG
do. do.	3½	95,70bzG
do. Restcertifikate.	frc.	16,40bzG
Pr. Pfdbr.-Bk. uk. 1905	3½	97,10bzG
do. XVIII ukdb. 1908	3½	97,20bzG
do. XIX ukdb. 1909	4	102,00bzG
do. XX u. XXI uk. 1910	4	103,00bzG
do. Kleinb.-Obl. b. 1904	3½	96,50bzG
do. „ „ b. 1908	4	102 00bzG
do. Comm.-Obl. b. 1907	3½	100,75G
do. do. Em. II. unk. 1910	4	105,00G
Rh.-W. Bder, I. III. V. ukb. b. 1905.	4	101,20bzG
„ II. u. IV., b. 1904	3½	97,40G
„ VI., ukdb. 1908	3½	97,90G
„ VII., unkdb. 1908	4	102,00G
„ VIII., ukdb. 1910	4	102,70bzG
Sächsische	4	103,10G
do.	3½	101,40bz
do.	3	90,80bz
Westd. B. C.-Pf. I. uk 04	4	101,20G
do. do. VI. 10	4	102,80G
Rentenbr. Westpr. ritt. I. I. B	3½	100,10G
Rentenbr. Pommersche	4	103,80G
Rentenbr. Posensche	4	103,80G
Rentenbr. Preussische	4	103,80G
Rentenbr. Sächsische	4	103,80G
Rentenbr. Schlesische	4	103,80G

Bergwerks- u. Hütten-Ges.

Aplerbeck	4	108,50bzG
Arenberg Bergwerk	45	560,50bz
Baroper Walzwerk	0	108,25bzG
Berzelius	0	103,00bzG
Bismarckhütte	10	230,00bzG
Concordia-Bergwerk	25	276,00bzG
Consolidat. Bergw.-G.	27	365,00bz
Consol. Marie	4	79,00G
Duxer Kohlen kon.	15	175,50bzB
Gelsenkirch. Gussstah.	0	104 60bz
Harzer Eisenw. Lit. A. B.	0	84,50bz
Inowrazl., Steinsalzbl	5	115,90bz
Kattowitzer	12	210,40bzG
Königin-Marienh. V.-A.	—	54,00bzB
Leopoldsgr. Edderitz	7	105,25G
Luise Tiefbau konv.	0	39,10bzG
do. do. St.-Pr.	0	73,25bzG
Magdeburg.-Bergwerk.	35	— —
Marienhütte Kotzenau	0	74,50bzG
Mend. & Schwert. St.-Pr.	0	92,00bzG
Niederl. Kohlen	8	131 50bzG
Rhein. Stahlw. Lit. C.	5	163,75bzB
Schlesisch. Zinkhütten	16	368,00bzB
Stadtberger Hütte	12	148,50bz
Wurm-Revier	8½	131,50bzG

Oblig. v. Industr. u. Bergw. Ges

Allg. Elektr.-Gesellsch.	4	101,20G
Aschaffenb. Papierf.	4½	103,00G
Aschersleb. Kaliwerke	4	100,80G
Bochumer Gussstahl	4	104,50G
Dessauer Gas	4½	107,75G
Dortmunder Union	5	111,25G
Elektr. Licht- u. Kraft.	4½	104,00G
Gr. Berl. Pferdeb. I. u. II	3½	100,00bzG
Hamb.-Packetfahrt	4	— —
Fr. Krupp-Obl.	4	102,70B
Laurahütte	3½	96,50G
Naphta-Obligationen	4½	100,10bz
Norddeutscher Lloyd	4	— —
Oberschl. Eisen-Ind.	4	97,30bz
v. Tiele-Winkler	4	105,00bzB
Zeitzer Eisengiesserei.	4½	— —

Bank-Aktien.

Bank d. Berl. Kassenv.	4½	131,25G
Berg-Märk. B. i. Elbf.	8½	156 00bzG
Berliner Hyp.-Bank.	4	109,00bzG
do. do. Lit. B.	4	124 00bzG
Börsen-Handelsverein.	4½	100,10G
Cob.-Goth. Kredit-Ges.	4	94,50bzB
Cöln W. u. Komm.	4	99,50bzG
Danziger Privatbank	5	
Dtsch. Effek.-B. (Hahn)	1⅓	104 50G
do. Hypoth.-B. (Berl.)	6½	127,75G
Dresdener Bankverein	5½	103,80G
Essener Kredit	8	152,50bzG
Gothaer Privatbank	6	124,70G
do. Grundkreditb.	7	137,50bzG
Hamburg. Hypoth.-B.	8	159,50G
Königsberg. Vereinsb.	6	111,50bzG
Leipziger Bank	fr. Z.	1,00B
Lübecker Kommerzb.	6⅔	130,25G
Magdeburger Privatb.	3½	94,50bzB
Nordd. Grund-Kredit.	5	93 75bzG
Pr. Hyp.-B. abg u. neue	0	110,10bzG
Preuss. Pfandbr.-Bk.	7	133,20bzG
Rheinische Bank	0	43,50bzG
Wilhelma, Mgd Allg. U.	17⅔	— —

Leipziger Börse, 2 März

Zf.		M.		Zf.		M.	
3	Sächs. Rent.-Anl.	5000/2000	91,30bz	4	Mansf. Gew 1882		101,75G
3	do.	1000	91,30bz	4	do 1879		101 75G
3	do.	500	91 30bz	4	do Em 1875		101 75G
		Thlr.		3½	Stadtobl. 1884 konv.		101,50B
3%	Staatsanl. 1855.	100	95 50G	3½	do. 1876 konv.		101,50B
3½	do. 67 kv. 4%	500	101 25G	3½	Altb Landoblig	1000	101,25G
3½	Landrentenbr.	500	99,50G	3½	do. do.	500	101,25G

Eisenb.-Stamm-Akt.

Div.		
13,4	Aussig-Tepl. 500 fl.	255,75G
5⅔	Böhm. Nordbahn	133,25G
11⁸⁄₉	Buschtiehrad. Lit. A.	245,00G
11⅜	do. do. B.	256,00G
fl.	Galiz. K.-Ludw.-B.	— —
6⅓	Graz-Köflach.	120,00G
1½	Marienburg-Mlawka	73,00G

Bank- u. Kredit-Akt.

Div.		
8	Allg. D. Kr.-A. Lpz.	175,10bzG
5	Chemn. Bankverein	— —
4	Dresdener Bank	149,40B
5½	do. Bankverein	104,25G
6	Gothaer Privatb.	124 00G
4	Kob.-Goth. Kred.-Gs.	— —
frc. Z.	Leipziger Bank	0,80B
6	do. Hypoth.-B.	134,00G
4	do. Kred.- u. Sparb.	— —
5	Sächs. Bank	130,00G
6½	Zwickauer	— —

Industrie-Papiere.

Div.		
0	Chemn. Werkz. (Zim.)	113 50G
15	Cröllw. Papierfabr.	— —
4	4% do. Schldvschr.	100,50G
2½	Dörstew.-Rattm. St.-A.	55,00B
5	do do. 5% V.-A.	98 75G
0	D. W. M. (Sonderm. & Stier) Vorz.-A.	67,00B
18	Geraer Jutesp. u. W.	237,50G
5	Germania (Schwalbe)	120,00B
54	Gersd. Stkb.-V., St.-A.	490,00G
88½	do. do. Pr.-A. I	— —
84	do. do. do. II	— —
0	Hallesche Str.-B.	75 00G
4½	Kette Elbsch.-G.-Akt.	76,25G
4	Körbisd. Zuckerfb.	122,00bz
5	Leipz. Baubank	105,00G

Div.		
6	Leipz. Elektr.-Werke	121 90G
2	do. elektr. Strassb.	65,50G
5½	do. Gr. elektr. Strassb.	144,00bzB
10	do. Bierbr. Riebeck	210,75G
11	Lpz. Kammgarnsp.	175,00B
9	do. Malzf. Schkeud.,	156 75G
0	do. Wollkämmerei	
45 M.	Mansfelder Kuxe	775,00bzG
14	Naumburger Braunk.	205,00G
0	Portl.-Cement Halle.	76,00B
3½	Sächs. Kammg.	91,00G
2½	Sächs. M.-F. (Hartm.)	132,00G
6	Sächs. Webstuhl-Fabr. (Schönherr)	206,50G
15	Thür. Gasges. Spz.	254 00B
15	do. Stamm-Pr.	254,00B
8	S.-Thür. Br.-V. St.	128,00G
8	do. St.-Prior.	130,00G
9	Zeitzer Par. u. S.-A.	135,25G
—	do. do. Oblig.	— —
2½	Zuckerfabr. Glauzig	118,75G
30	Zuckerraff. Halle	174,75G

Ausl. Eisenb.-Pr.-Obl.

%		
3½	Aussig-Teplitzer	96,60bzG
4	Böhm. Nordbahn	101,50G
5	do do. Gold	— —
4	Buschtiehr. 1886 (stfr.)	101 80G
4	do. do.	101 80G
5	do. Em. 1868/71/72	— —
3	Dux-Bodenbach	85,25G
5	do. Em. 1871	110,75G
5	do. do 1874	112,50G
4½	Graz-Köflacher	70 00G
5	do. Em. v. 1871 u. 72	101,00G
4	Kaschau-Oderberg	100,70G
4	Prag-Dux Gold	— —
5	do. Gold	105,00G
5	Prag-Turnau	— —

(Mit Unterhaltungsblatt.)

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-848334-19030303010/fragment/page=0004